Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_lei

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

:antifaschistische nachrichten

Nr. 2

g 3336 31.1.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Befreiung von 232 Menschen aus dem 20. Deportationszug in Belgien

Am 26. und 27.1.2008 fand auf dem Kölner Bahnhofsvorplatz eine Aktion der Initiative „Bahn erinnern" statt. Vier große Plakatwände zeigten Porträtaufnahmen von Menschen, die im April 1943 die Fahrt mit dem 20. Deportationszug vom belgischen Boortmeerbeek nach Auschwitz überlebten, weil drei Männer ihren Waggon aufbrachen und sie befreiten. In kurzen Beiträgen schilderten Gäste aus Belgien und Mitglieder der Initiative den Verlauf der Aktion und insbesondere den von der Bevölkerung breit getragenen Widerstand gegen die Judenverfolgung in Belgien. Denn ihr couragiertes Eintreten für die Verfolgten rettete mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung vor der Vernichtung durch die Nazis.
Weitere Informationen: www.cicb.be;
Kontakt: bahn-erinnern@arcor.de

Nazi-Kundgebungen auf dem Römer

Hessen. Am 19. und 20. Januar konnten NPD und REP ihre zentralen Wahlkundgebungen auf dem Römer in Frankfurt abhalten. Die Polizei handelte an beiden Tagen nach dem Motto „Wir machen den Nazis den Weg frei!"

Trotz des Protests von mindestens 1.000 Nazi-GegnerInnen konnten 80-100 NPDler am 19. Januar auf dem Römer demonstrieren. Die Polizei hatte den Römerberg doppelt abgesperrt. Der innere Kreis war ausschließlich den Nazis vorbehalten. AntifaschistInnen machte die Polizei das „Angebot", den zweiten Kreis nach Leibesvisitation in einem Zelt betreten zu können. Ein Teil der Nazi-GegnerInnen ließ sich zum Entsetzen vieler Antifas tatsächlich auf die demütigende Behandlung ein. Zumindest am 19. Janaur wurden dabei sogar Trillerpfeifen beschlagnahmt. Einen Versuch, die Sperre zu durchbrechen, verhinderte die Polizei unter Einsatz von Pfefferspray. Nazis, die sich einzeln oder in kleinen Gruppen auf dem Weg zum Römer befanden, wurden abgefangen und nach Hause geschickt. Mehrere hundert DemonstrantInnen entschlossen sich nach Beginn der Nazi-Kundgebung zu einer Demonstration durch die Innenstadt.

Etwa 120 Republikaner versammelten sich am 20. Januar zu ihrer rassistischen Kundgebung, die sich gegen die „Islamisierung Europas" wendete. Dagegen protestierten etwa 600-700 Menschen. Die Gesamtlage war in etwa wie am Vortag, allerdings war der Protest gegen die Nazi-Kundgebung stärker vom bürgerlichen Spektrum geprägt. Zahlreiche Nazi-Gegner ließen sich im Durchsuchungszelt unter Ausschluss jeder Öffentlichkeit kontrollieren. Sie protestierten hinter Gittern mit Sichtblende in zwei von einander getrennten Blocks unter fester Polizeikontrolle gegen die REP-Kundgebung.

Wieder mal hat die Polizei in Frankfurt zwei Nazi-Kundgebungen durchgesetzt.

Trotzdem dürften die Nazis nicht uneingeschränkt zufrieden sein: Die NPD hatte 250 TeilnehmerInnen angekündigt von denen nur etwa ein Drittel nach Frankfurt gekommen ist. Die REPs hatten gar 1.000 TeilnehmerInnen erwartet und standen mit nur 120 Menschen auf dem Römer, die fast alle mit ihnen im Bus angereist waren.

Wahrlich keine großartigen Erfolge für die Rechten.

www.antifa-frankfurt.org, 21.1.08 ■

Rassismus verliert!

Fremdenfeindliche Hetze im Wahlkampf zahlt sich nicht aus. Das beweisen die Ergebnisse der Landtagswahlen von Hessen und Niedersachsen. Roland Koch der vor allem auf das Thema „Ausländerkriminalität" setzte, ist der große Verlierer. Auch den Rechtsextremen von NPD und „Republikanern" ist es nicht gelungen, den rassistisch gefärbten Wahlkampf der Union für sich nutzbar zu machen. Die hessische NPD hat mit 0,9 Prozent nicht einmal die erforderliche Grenze für den Anspruch auf Wahlkampfkostenrückerstattung erreicht und damit dieses Minimalziel einer Kandidatur verfehlt. In Niedersachsen blieb die NPD mit 1,5 Prozent weit hinter dem angestrebten Achtungserfolg von zwei bis drei Prozent zurück, obwohl es dort anders als mit den „Republikanern" in Hessen keine rechte Konkurrenzkandidatur gab.

Für die NPD ist es offensichtlich schwer, im Westen der Republik ähnlich erfolgreich zu sein wie im Osten. Entwarnung kann deswegen nicht gegeben werden. Der von der NPD ausgerufene „Kampf um die Parlamente" ist im Westen vorerst gescheitert, doch der „Kampf um die Straße" geht weiter. Überfälle auf Migranten und Linke, Anschläge auf linke Zentren und Naziaufmärsche werden auch im Westen andauern. Dem gilt es weiterhin mit breiten Bündnissen gegen Rassismus und Faschismus entgegenzutreten.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Aus dem Inhalt:

Europäische Rechtsextreme unternehmen neuen Anlauf zu Kooperation 8

Kein „Hunke-Haus" in Kiel

KIEL. Nach Hinweisen auf die NS-Vergangenheit von Dr. Waltraud Hunke (1915-2004) wurde das Richtfest für das neue Gästehaus der Kieler Universität abgesagt. Waltraud Hunke, Trägerin der Ehrenmedaille der Kieler Universität, hatte der Bildungseinrichtung ein Haus mit der Auflage vermacht, dieses als Gästehaus für ausländische Wissenschaftler zu nutzen. Da die Nutzung des Gebäudes aus verschiedenen Gründen nicht möglich war, verkaufte die Universität das Haus und investierte den Erlös in einen Erweiterungsbau. Kurz vor dem Richtfest für das Gebäude kam heraus, das Waltraud Hunke ab 1937 Mitglied der NSDAP und ab 1941 Mitarbeiterin der „Forschungsstätte für Germanenkunde" in der SS-Stiftung „Deutsches Ahnenerbe" gewesen war. Dass Hunke ab 1941 als Assistentin des Historikers Ernst Anrich, ein späterer NPD-Ideologe, und des „Germanenforschers" und Skandinavisten Prof. Siegfried Gutenbrunner an der „NS-Kampfuniversität Straßburg" gearbeitet habe, lege den dringenden Verdacht nahe, dass Hunke eine besonders linientreue Anhängerin des NS-Regimes gewesen sei. Das Hunke in den 90er Jahren Kritik an ihrem Lehrer Otto Höfler als „Verunglimpfung" und „Besserwisserei" abgetan habe, zeige einen Mangel an Vergangenheitsbewältigung , so der Kieler Historiker Prof. Cornelißen. Höfler gehörte ebenfalls der NSDAP an und war Mitglied des Forschungsrates des „Deutschen Ahnenerbes". Das Rektorat der Universität will die Hunke-Erbschaft nun zurückgeben. Über Hunkes Ehrenmedaille werde universitätsintern noch beraten. *hma* ■

„Pro München" kandidiert

MÜNCHEN. Die extrem rechte „Bürgerbewegung pro München" („Patriotisch und sozial") hat die erforderlichen 1000 Unterstützungsunterschriften zusammen und kann zur Kommunalwahl am 2. März antreten. Wie der Vorsitzende von „Pro Deutschland", Manfred Rouhs, früher Landesvorsitzender des NPD-Jugendverbands „Junge Nationaldemokraten", bekannt gab, habe die „Bürgerbewegung" die Schwierigkeiten „durch eine entsprechende überregionale Unterstützungskampagne" gelöst. Nach eigenen Angaben will „Pro München" 300 000 Wahlkampfzeitungen verbreiten. Darin wird „Pro München"-Sprecher Rüdiger Schrembs ziemlich deutlich: „Wer nicht zu uns nach München, nach Bayern passt, ist der Nichteuropäer! Der Orientale, der Türke, Kurde, Araber, Afrikaner!". In der rechten Szene ist Schrembs, der im vergangenen Jahr die Gründungsversammlung von „Pro NRW" leitete, schon seit vielen Jahren aktiv. Noch 2006 gehörte er dem Landesvorstand der bayrischen NPD an. Artikel von Schrembs fanden sich auch schon in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa" und im NPD-Organ „Deutsche Stimme". Zuletzt gehörte Schrembs noch dem Leitungsgremium der „Kontinent Europa Stiftung" an. In der „neuen europäischen Denkfabrik" findet man zahlreiche bekannte Vertreter der extremen Rechten wie z.B. Andreas Molau, NPD-Spitzenkandidat bei der niedersächsischen Landtagswahl und Pierre Krebs, Mitgründer des neurechten „Thule-Seminar". *hma* ■

Keine Zwangsversteigerung

KREFELD. Die geplante Zwangsversteigerung von Büroräumen in der Krefelder Lindenstraße, die NPD hatte angekündigt, die Büros käuflich erwerben zu wollen, wird – voraussichtlich – nicht stattfinden. Die Stadt Krefeld und die beiden Gläubigerbanken wollen nun auf die Zwangsversteigerung verzichten. Noch am 10. Januar hatten 400 Menschen mit ihrer Teilnahme an einer Informationsveranstaltung des „Bündnis Krefelder für Toleranz und Demokratie" gegen die Absicht der NPD demonstriert, in Krefeld ihre „Rheinland-Zentrale" eröffnen zu wollen.

Am Sonntag, den 13. Januar, führten etwa 30 Nazis aus Krefeld, Geldern, Düren u.a. Städten in der Region eine „Mahnwache" vor der begehrten Immobilie durch. Etwa 50 bis 60 Menschen beteiligten sich an spontanen antifaschistischen Gegenaktionen. Im Umfeld und nach der „Mahnwache" kam es dabei immer wieder zu Übergriffen von Nazis auf AntifaschistInnen.

Unterdessen wurde ein Strafverfahren gegen einen Krefelder Antifaschisten eingestellt, der im vergangenen Oktober gegen einen Naziaufmarsch protestiert hatte, der am Denkmal für die Opfer des Nazi-Regimes stattfinden durfte. Bei der Räumung des Platzes durch die Polizei waren mehr als 40 AntifaschistInnen vorübergehend festgenommen worden. Kritik an der Krefelder Polizeiführung gibt es auch vom „Bündnis Krefelder für Toleranz und Demokratie". Das Vorgehen der Polizei gegen antifaschistische Aktivitäten in Krefeld sei völlig unangemessen. In Gesprächen mit der Polizei habe man den Eindruck gewonnen, dass diese nicht in den Nazis, sondern in den AntifaschistInnen das Problem sehe. *peb* ■

Rechtsextreme Anwältin zu Haft verurteilt

BERLIN. Mit einer hohen Strafe endete am 14. Januar in Mannheim der Prozess gegen die rechtsextreme Anwältin Sylvia Stolz. Das Gericht verurteilte die 44-jährige Lebensgefährtin des Rechtsextremisten Horst Mahler wegen Volksverhetzung, Nötigung und Beleidigung zu drei Jahren und sechs Monaten Haft. Zudem wurde ihr für fünf Jahre die Berufserlaubnis entzogen. Stolz hatte als Anwältin des Holocaustleugners Ernst Zündel Anfang 2006 die Ermordung der Juden als „größte Lüge der Weltgeschichte" bezeichnet. Noch in der Verhandlung drohte die Juristin den Schöffen im Fall einer Verurteilung Zündels mit dem Tod wegen „Volksverleumdung und Feindbegünstigung". Daraufhin schloss sie das Gericht vom Verfahren aus. Den Beschwerdebrief gegen ihren Ausschluss unterzeichnete Stolz mit „Heil Hitler".

In seiner Urteilsbegründung attestierte der Vorsitzende Richter der Nationalsozialistin ein „unhaltbares Menschen- und Geschichtsbild". Die Höhe der Strafe begründet der Leitende Staatsanwalt Andreas Grossmann mit der Uneinsichtigkeit der Rechtsanwältin. „Frau Stolz hat nichts unversucht gelassen, um ihre Holocaustleugnungen während des zweimonatigen Prozesses weiterzuverbreiten", sagte er gegenüber dem Tagesspiegel (15.01.08). Nach der Urteilsverkündung hob Stolz den rechten Arm und rief „Heil Hitler". Daraufhin wurde sie wegen Fluchtgefahr noch im Gerichtssaal verhaftet. Stolz' Verteidiger war der wegen Volksverhetzung ebenfalls verurteilte rechtsextreme Szene-Anwalt Ludwig Bock. Er hatte versucht seine Mandantin als „tragische Figur" zu inszenieren, die lediglich von Horst Mahler gesteuert werde. Mahler saß zuletzt neun Monate wegen Volksverhetzung in Haft und erhielt auch ein vorläufiges Berufsverbot. Im Vergleich mit dem notorischen Holocaustleugner Zündel, der 2007 zur Höchststrafe von fünf Jahren verurteilt wurde, sowie dem üblicherweise gegen Geschichtsrevisionisten verhängten Strafmaß (zwischen sechs Monaten und anderthalb Jahren), liegt der Schuldspruch in diesem Fall ungewohnt hoch – das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. *kun* ■

Verhandlung gegen Angelo Lucifero vertagt

ERFURT. Weit mehr als 100 Unterstützer aus dem gesamten Bundesgebiet hatten am 16. Januar vor und im Amtsgericht Erfurt ihre Solidarität mit Angelo Lucifero ausgedrückt. Die Hauptverhandlung wurde daraufhin nach wenigen Minuten ausgesetzt, da der Verhandlungssaal für den Andrang zu klein war und die schlechte Akustik es dem Beschuldigten schwer gemacht hätte, der Verhandlung zu folgen. Der Prozess ist damit bis auf weiteres vertagt. Auch der bereits auf den 23. Januar angesetzte Verhandlungstermin wird nicht stattfinden. Der Unterstützerkreis der GewerkschafterInnen gegen Rechts begrüßte

die Aussetzung. In Anschluss fand eine spontane Demonstration durch die Erfurter Innenstadt statt. Menschen aus verschiedenen Verbänden, der Gewerkschaften und antirassistischen Organisationen bekundeten dort ihre Solidarität mit Angelo Lucifero und forderten die sofortige Einstellung des Verfahrens.

Inzwischen haben sich mit offenen Briefen und der Forderung nach Rücknahme der Kündigung der bayrische Landesvorstand der Linkspartei, der ver.di-Bezirksfrauenrat Mittel-/Nordthüringen, der Thüringer Landesverband der Jusos, SJD Die Falken Erfurt, das Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften und weitere an den Thüringer Landesverband sowie an den Bundesvorsitzenden Frank Bsirske gewandt. Anlässlich des Prozessbeginns erklärten die GewerkschafterInnen gegen Rechts, dass die Bedrohung durch Naziangriffe in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion gestellt werden müsse, statt antifaschistisches Engagement zu kriminalisieren und den aktiven Gewerkschaftler in seiner wirtschaftlichen Existenz zu bedrohen.

Wir hatten in vergangenen Ausgaben der Antifaschistischen Nachrichten berichtet, dass sich der Gewerkschafter und Antifaschist Angelo Lucifero am 15.3.2007 am Rande einer Kundgebung des Erfurter Sozialbündnisses gegen einen Nazi-Angriff mit einer Schreckschusspistole zur Wehr gesetzt. Die Staatsanwaltschaft hat darauf hin Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben, während die ver.di-Landesbezirke Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen den Kollegen Angelo Lucifero vom Dienst suspendierten und gekündigt haben. Als Begründung für die Kündigung gaben sie an, dass Angelo „in unzulässiger Weise persönliche politische Arbeit auf Kosten und mit Mitteln der Gewerkschaft ver.di" betrieben habe. *kun* ■

Stadt Mittweida lädt Antifa-Konferenz aus

MITTWEIDA. Mittweida hat eine Konferenz von Antifaschisten ausgeladen – aus Sorge vor Gegenaktionen der rechten Szene, die in der Stadt ohnehin sehr aktiv ist. In Mittweida will man seine Ruhe haben. Die Stadt, die zunächst durch Überfälle der seither verbotenen Kameradschaft „Sturm 34" und dann durch einen noch immer nicht geklärten angeblichen Übergriff Rechtsextremer auf eine junge Frau bundesweit in die Schlagzeilen geriet, hat den für den 26.1. geplanten 4. Antifaschistischen Ratschlag kurzfristig abgesagt. In der Konferenz sehe man „die Gefahr, dass dadurch die Situation in Mittweida eskaliert", heißt es in einem Brief, den 15 Stadträte und Bürgermeister Matthias Damm unterschrieben haben. Nicht zuletzt werde mit der Veranstaltung „Rechtsextremisten wieder ein Anlass ... geboten, Gegenaktionen an selber Stelle durchzuführen".

Anstoß nahmen die Kommunalpolitiker vor allem an einer Formulierung in einem Einladungstext, wonach in der Stadt „rechte Übergriffe an der Tagesordnung sind", was sie als „unzutreffend" ansehen. Dagegen betont Mitorganisator Volkmar Wölk, die Konferenz, zu der 150 Teilnehmer von zivilgesellschaftlichen ebenso wie von Antifagruppen erwartet werden, finde seit jeher in Regionen statt, wo „Nazis für sich Schwerpunkte setzen". Dazu zählt Mittweida derzeit zweifellos: Nicht nur gab es 2007 nach Angaben der Opferberatung AMAL im Landkreis 66 Übergriffe. Im Dezember fand auch eine unangemeldete rechtsextreme Demonstration während einer Bergparade statt. Zudem verteilt die NPD im Ort verstärkt Infomaterial. Dass Mittweida nun Gegner von Rechtsextremisten auslädt, sei ein fatales Signal. *Hendrik Lasch, Mittweida*

http://www.neues-deutschland.de/artikel/122905.html (gekürzt) ■

Pressekonferenz gegen „Islamisierung"

KÖLN/ANTWERPEN. Laut Internetseite der „Bürgerbewegung Pro Köln" hat in Antwerpen ein Treffen „europäischer Patrioten" stattgefunden, auf dem eine enge Zusammenarbeit gegen „Islamisierung und Überfremdung" vereinbart worden sei. Das „Moschee-Verbotsschild" von pro Köln sei als Logo des Städte-Bündnisses übernommen worden. Als „Höhepunkt einer europaweiten Kampagne" sei ein großer „Anti-Islamisierungkongress" im Herbst 2008 in Köln geplant. Auf der Pressekonferenz, wo dies bekannt gegeben wurde, waren neben Markus Beisicht, Judith Wolter und Markus Wiener für pro Köln und pro NRW auch Delegationen der FPÖ, des Vlaams Belang und der Vorsitzende der französischen Regionalpartei „Alsace d'abord", Robert Spieler anwesend. Spieler, FPÖ Parteiobmann HC Strache und der Vlaams Belang-Vorsitzende Filip Dewinter hätten ihr Kommen zum Kongress in Köln bereits zugesagt. *u.b.* ■

DVU bekam kein Bein auf den Boden

HAMBURG. Eine erfolgreiche Intervention in den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf konnte am 19.1. der nordhamburger Ortsverband der IG BAU für sich verbuchen. In Zusammenarbeit mit der Kampagne „Keine Stimme den Nazis" verhinderte die Gewerkschaft, dass ein für dieses Wochenende auf dem Langenhorner Markt angekündigter Propagandastand der neofaschistischen DVU stattfinden konnte. Schon im Vorfeld gelang es, im Stadtteil öffentlichen Druck gegen den

Stand der extrem Rechten zu mobilisieren, so dass diese am19.1. in Langenhorn „kein Bein auf den Boden" bekamen.

Stattdessen versuchte sich die Deutsche Volksunion im Hamburger Stadtteil Bramfeld auf dem dortigen Marktplatz zu präsentieren. Nachdem sie allerdings von antifaschistischen Jugendlichen zur Rede gestellt wurden, packte die rechte Truppe ihre braune Propaganda schnellstens wieder ein und zog von dannen, ohne eine nennenswerte Öffentlichkeit erreicht zu haben.

Auf dem Langenhorner Markt hingegen sammelten die Gewerkschafter zusammen mit einer großen Gruppe Jugendlicher aus dem Stadtteil über hundert Unterschriften für den Hamburger Aufruf gegen Rassismus und extrem rechte Parteien im Wahlkampf und stießen dabei auf viel Sympathie der Marktbesucher. In den nächsten Wochen wird die Kampagne „Keine Stimme den Nazis" durch weitere Hamburger Stadtteile touren und versuchen „Dämme gegen rechts" (Auschwitz-Überlebende Esther Bejerano) zu errichten.

http://www.keine-stimme-den-nazis.org ■

Kritik an der Zulassung der DVU zu Wahl

HAMBURG. Am 25. Januar entschied der Landeswahlausschuss im Gebäude der Katholischen Akademie darüber, welche Kandidaturen zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 24. Februar zugelassen werden. Neben den bereits in der Bürgerschaft vertretenen Parteien erscheinen gleich drei Spaßprojekte auf dem Wahlzettel: „Die Partei" um die Redaktion der Satirezeitschrift Titanic, die Pogo-Partei sowie „Die Piraten", ihres Zeichens kritische Internetuser aus der Open-Source-Bewegung. Geradezu wirklichkeitsfern dagegen erscheint die Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit (AGFG), die 2005 aus der „Rath-Foundation" hervorging. Kernstück ihres, mit linker Rhetorik aufgefüllten Parteiprogramms, bildet die Gesundheitsphilosophie des „Heilers" Matthias Rath, der vor allem durch seine wissenschaftlich umstrittenen Behandlungsmethoden von Krankheiten wie AIDS und Krebs mittels Vitaminpräparaten und Naturheil-

verfahren bekannt ist. Um das Spektrum autoritätshöriger und gutbürgerlicher Protestwähler buhlt der Wahlverein um den geschassten Ex-Innensenator Roger Kusch sowie die Deutsche Zentrumspartei gleichermaßen.

Die Propaganda der Deutschen Volksunion (DVU) stellt demgegenüber eher auf sozial benachteiligte Wählerschichten sowie Jung- und Erstwähler ab. Gegen die Zulassung der rassistischen, antisemitischen und geschichtsrevisionistischen DVU haben etwa 30 Menschen vorm und im Gebäude protestiert. Im Saal regte sich kurzer aber klarer Protest, als die Entscheidung der Landeswahlleitung bekannt gegeben wurde.

Die DVU ist noch immer die größte neofaschistische Partei in Deutschland. Die DVU kandidiert in Absprache – der so genannte Deutschlandpakt – mit der NPD. Der Spitzenkandidat der DVU Matthias Faust war Anfang 2007 noch in der NPD, betont immer wieder die Gemeinsamkeiten mit den Nationaldemokraten und ist ein Vertrauter des Neonazis Christian Worch. Auf den Wahlplakaten der DVU, welche ab Ende Januar aufgestellt werden, erscheint die NPD mit eigenem Emblem. Neben tausenden von Plakaten, die ab sofort ohne die Einschränkungen des Vorwahlkampfes aufgestellt werden können, nutzt die DVU vor allem Briefwurfsendungen. Die Wahlspots für Radio und Fernsehen der DVU seien bereits produziert, ebenso eine Schulhof-CD.

Vor allem aber, das machte auch der Vertreter für den Hamburger Landesverband Die Linke vor dem Wahlausschuss deutlich, stehe die DVU in der historischen Kontinuität des deutschen Faschismus und sei als Nachfolgeorganisation der NSDAP weder durch die Meinungsfreiheit noch durch das Parteiengesetz legitimiert. Mit Ausnahme der Linkspartei stimmten die anderen Landeswahlausschussmitglieder für die Zulassung der DVU. Allerdings gab die GAL-Fraktionsgeschäftsführerin Lexi von Hoffmann eine persönliche Erklärung zu Protokoll, in der sie ihre Ablehnung der DVU ausdrückte. In früheren Jahren waren die Stimmen und Einwände gegen die Zulassung faschistischer Parteien noch deutlicher ausgefallen.

Am Schluss zieht sich der Landeswahlleiter ohnehin auf „formalrechtliche Gründe" zurück. Doch selbst dort, also der Frage „innerparteilicher Demokratie" liegt bei der DVU vieles im Argen. So moniert das Bundesamt für Verfassungsschutz „mangelndes Demokratieverständnis", für dass die Aufnahmepraxis neuer Mitglieder stehe. „Während in Auslegung des Artikels 21 Grundgesetz die Aufnahme von Mitgliedern in eine Partei über den zuständigen unteren Verband erfolgen muss, legt § 3 der DVU-Satzung fest, dass über die Aufnahme eines Mitgliedes der Bundesvorstand, also die Parteispitze, entscheidet. (VS-Bericht 2003, S.70). Auch das Zustandekommen der Wahllisten hätte genauer hinterfragt werden müssen, da die DVU-Wahlparteitage als Delegiertenversammlungen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten werden. So ist fraglich, ob die DVU überhaupt den Vorgaben des § 2 Parteiengesetz entspricht." Der Wahlausschuss hätte der DVU die Zulassung verweigern können, um solche und weitere Fragen vor Gericht klären zu lassen. Schließlich gilt auch im Wahlausschuss, dass das eigene Verhalten als Maßstab anzulegen ist, wie ernst es die jeweiligen Parteien mit ihrem Engagement gegen Rechts meinen. *kun* ■

Begegnung in Buchenwald

WEIMAR. Mehr als 1000 Jugendliche werden in diesem Jahr zur Gedenkfeier anlässlich des Jahrestages der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald erwartet. Die KZ-Gedenkstätte Buchenwald ist nicht nur ein deutsches Mahnmal, sondern auch international von hohem Symbolwert. Aus mehr als 30 Nationen waren Menschen in dem Lager eingesperrt. Gemeinsam gelang den Häftlingen am 11. April 1945 die Selbstbefreiung des Lagers, gemeinsam leisteten sie den Schwur von Buchenwald.

Daher ist es folgerichtig, dass der Ort für eine internationale Begegnung von jungen Menschen und Veteranen des antifaschistischen Kampfes ausgesucht wurde. Am Sonntag, den 13. April werden sich mehr als 1000 Jugendliche aus ganz Europa am Monument von Buchenwald versammeln, um ihr „Nein" zu Faschismus, Rassismus und den Ideen der extremen Rechten zu bekräftigen. Träger des Treffens sind das belgische „Institut des Vétérans" und die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR). Unterstützt wird die Aktion durch das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos, die nationalen Lagergemeinschaften und die VVN-BdA.

Das Treffen vom 10. bis 14. April wird Jugendliche aus vielen europäischen Ländern vereinen. Zum Programm gehören Besuche der Gedenkstätten Buchenwald und Dora, Zeitzeugengespräche, Besuche von Weimar und Erfurt und natürlich die Teilnahme an der Gedenkfeier des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos aus Anlass des Jahrestags der Selbstbefreiung.

Jugendgruppen und Einzelinteressierte, die an diesem Treffen teilnehmen wollen, melden sich bei der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis oder in der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, da die Übernachtungskapazitäten in den Thüringischen Jugendherbergen begrenzt sind. Die Kosten für die Teilnahme betragen pro Person und Tag (Vollverpflegung) 25 Euro. Es werden auch noch Helfer, Dolmetscher und Betreuer der internationalen Gäste für die Apriltage in Thüringen gesucht. *Ulrich Schneider* ■

75 Jahre nach dem 30. Januar 1933: Zusammenstehen gegen Faschismus und Krieg!

STUTTGART. Für den 30. Januar ruft die VVN-BdA Stuttgart zu einer Kundgebung und Kranzniederlegung auf. Im Aufruf dazu heißt es: Am 30. Januar vor 75 Jahren ernannte Reichspräsident v. Hindenburg auf Betreiben deutscher Großindustrieller, Generale und Bankiers, Adolf Hitler zum Reichskanzler. An diesem Tag begann das blutigste Terrorregime der Weltgeschichte. Das Versprechen der Nazis, „Deutschlands Größe" wiederherzustellen, brachte Millionen von Menschen den Tod. In einer von niemandem erwarteten Geschwindigkeit errichteten die Nazis 1933 ihre terroristische Diktatur. (...)

Die Lehre aus der deutschen Vergangenheit ist, dass es keine Alternative zu Frieden und Abrüstung, zum friedlichen Miteinander der Menschen und Kulturen, zu Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Hilfe zur Entwicklung anderer Länder und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung gibt. Damals konnte der Faschismus nicht verhindert werden, weil die Arbeiterbewegung, die DemokratInnen und HumanIstInnen nicht rechtzeitig zusammenfanden.

Vergessen wir diese bittere Lehre der Uneinigkeit von damals nicht. Lasst uns heute gemeinsam handeln: Für soziale und demokratische Rechte, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, gegen Rassismus, Faschismus und Krieg.

Kundgebung und Kranzniederlegung 17 Uhr am 30. Januar 2008, Mahnmal für die Opfer des Faschismus am Alten Schloss, Stuttgart

VVN – Bund der Antifaschisten ■

Zwei rechtsextreme Parteien zur Stadtratswahl zugelassen

Großer Wahlkampfauftakt der NPD geplant

A.I.D.A. 22.1.2008. MÜNCHEN. Sowohl die von NPD-AktivistInnen mitgegründete „Bürgerbewegung Pro München – patriotisch und sozial", als auch die im Sommer 2007 gebildete, von der NPD unterstützte und dominierte, „Bürgerinitiative Ausländerstopp München" können zur Kommunalwahl antreten. Nach dem Abgabeschluss für die Unterstützungsunterschriften am Montag, 21. Januar 2008, steht fest: Mehr als 2600 MünchnerInnen haben für einen Wahlantritt der beiden rassistischen und neonazistischen Listen gestimmt. Konkret erhielt „Pro München" 1556 Unterstützungsunterschriften und die „Bürgerinitiative Ausländerstop" 1106 Unterschriften.

Profitieren konnten beide Sammlungsbewegungen ab Anfang Januar von der durch CDU/CSU und Medien angeheizten Kampagne über eine angebliche „Ausländergewalt". Bis Silvester war die Unterstützungsunterschriftensammlung für die Rechtsparteien noch ein völliger Flop gewesen. Im Januar zeigten sich dann – parallel zur Hetze von Roland Koch, Joachim Herrmann, Josef Schmid, den Schlagzeilen von BILD & Co. sowie den geklebten CDU/CSU-Plakaten – ein täglich größer werdender Teil von MünchnerInnen vor der Stadtinformation am Marienplatz sowie vor dem Rathaus in Pasing bereit, für die beiden dort werbenden rassistischen Gruppen eine Unterschrift zu leisten.

Als Reaktion setzt die NPD bundesweit offensichtlich schon jetzt auf eine massive Unterstützung im Kommunal- und Landtagswahlkampf 2008. In diesem Zusammenhang wurde der ursprünglich für den 6. Februar 2008 in der Stadthalle Eggenfelden geplante „Politische Aschermittwoch" der NPD nach NPD-Informationen nach München verlegt

Für diesen Tag plant man nun bei der NPD eine große Wahlkampfauftaktveranstaltung für die „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA). Als Redner werden bisher der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt (Moosburg), die NPD-Vize-Bundesvorsitzenden Holger Apfel (Dresden) und Sascha Roßmüller (Rain), der NPD-Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs (Lübbtheen) sowie Björn Clemens (Düsseldorf) genannt. Anschließend soll der Nazi-Liedermacher Frank Rennicke (Schillingsfürst-Altengreuth) auftreten. Sascha Wagner (NPD Rheinland-Pfalz) hat bereits begonnen, für dieses NPD-Event Busse aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen und Franken zu organisieren.

Seit Januar 2006 hatte das a.i.d.a.-Archiv regelmäßig Informationen zu den Wahlaktivitäten von „Pro München" und der „BIA/NPD" veröffentlicht. AntifaschistInnen in München hatten zuletzt am 4. Januar 2008 gegen die Totschweigetaktik der meisten Münchner Medien und gegen ein großes Polizeiaufgebot versucht, einerseits gegen den rassistischen Diskurs zu protestieren und andererseits den BIA-Aufmarsch durch die

Münchner Innenstadt zu blockieren. Von großen Teilen der Stadtgesellschaft waren gegen den BIA-Aufmarsch keinerlei Aktivitäten ausgegangen. Auch gegen das siebenwöchige Propagandatreiben der Rassisten auf dem Marienplatz, beim Rathaus Pasing und vor den Bezirksinspektionen protestierten nur wenige. Dass OB Christian Ude erst jetzt, da die Nazis zu den Kommunalwahlen antreten können, das verstummte „Bündnis für Demokratie und Toleranz" zu einer „Sondersitzung" einberuft, ist da wenig hilfreich.

Notwendig ist vielmehr ein konsequentes Einschreiten aller DemokratInnen und AntifaschistInnen gegen den NPD-Aschermittwoch, den BIA/NPD-Wahlkampfauftakt in München und gegen alle zukünftigen Propaganda-Aktivitäten von „Pro München" und „BIA" mit dem Ziel: Keine Stimme für Nazis! Kein Fußbreit den Faschisten!

www.aida-archiv.de ■

Rechtsextremistische Kandidaturen zur Kommunalwahl nicht zulassen!

Der Wahlausschuss besteht in München aus Vertretern der SPD, der CSU, der Bündnisgrünen und der FDP. Das Gremium entscheidet, ob die eingereichten Wahlvorschläge den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen. Dies ist wohl nicht der Fall, wenn eine Liste bereits ihren Namen zu Volksverhetzung und Billigung von Straftaten missbraucht, wie es bei der „Bürgerinitiative Ausländerstop" gegeben ist. Die Parteivertreter waren nicht fähig, aus diesem Sachverhalt am 22.1. irgendeine Konsequenz zu ziehen. Die Verwaltung, die für den Ablauf der Sitzung verantwortlich ist, erteilte Brigitte Wolf, die im Auftrag des Kreisvorstandes der Partei die Linke die Sache zur Sprache bringen wollte, gleich gar nicht das Wort. Im Endeffekt hat man die rechtextremen Bewerbungen wortlos passieren lassen. Wir dokumentieren die Stellungnahme, die Brigitte Wolf den Parteivertretern übergeben hat. *Martin Fochler* ■

Brigitte Wolf, für den Kreisvorstand der Partei DIE LINKE in München:

Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE in München fordert den Wahlausschuss auf, die beiden Wahlvorschläge „Bürgerinitiative Ausländerstopp" und „Pro München" nicht zur Kommunalwahl am 2. März zuzulassen. Beide Listen sind laut unwidersprochenen Presseberichten aus rechtsextremistischen Parteizusammenhängen um die NPD gebildet worden. Beide Listen haben die formalrechtlich erforderlichen Unterstützungsunterschriften beigebracht – unterstützt von der wahltaktischen Kampagne von CSU und CDU, die dem schweren Fall von Jugendkriminalität in der Münchner U-Bahn folgte. Durch die Namensgebung „Bürgerinitiative Ausländerstopp" missbraucht der organisierte Rechtsextremismus jedoch die Kommunalwahl zu einer Einschüchterungskampagne gegen jeden dritten Münchner und jede dritte Münchnerin. Der Name fordert dazu auf, „Ausländer" als solche zu „stoppen". Er ist als Aufforderung formuliert, die zu ausländerfeindlichen Taten anreizen soll. Besonders in Verbindung mit der Bezeichnung „Bürgerinitiative" und der Tatsache, dass (laut SZ) beide Listen auf Kundgebungen mit mindestens einem vorbestraften Neonazi-Schläger auftraten, wird dieser Zusammenhang deutlich.

Schon bei der Einreichung der Wahlvorschläge hätte das Kreisverwaltungsreferat dies erkennen und eine solche Namenswahl ablehnen müssen. Die im Wahlausschuss vertretenen Parteien dürfen den provokativen Missbrauch durch die Listenbezeichnung nicht durchgehen lassen und müssen die darin enthaltene Bedrohung eines großen Teils der Münchner Bevölkerung unterbinden. Dadurch wird auch ein Zeichen gesetzt für die

zweifellos anstehende, langwierige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Denn wenn rechtsextremistische Parteien und Initiativen nicht verboten sind, kommt es darauf an, den von ihnen ausgehenden Angriffen auf Rechte und Sicherheit von Mitmenschen, in jedem Einzelfall entgegenzutreten.

Dies gilt auch für die besser verpackten Angriffe auf die Grund- und Menschenrechte, wie sie die Gruppierung Pro München zu verantworten hat. Wir begrüßen deshalb auch die Beleidigungsklage der Stadt München gegen Pro München, die als eine ihrer ersten Taten in ehrverletzender Absicht gegen gleichgeschlechtliche Lebensweisen hetzt – neben ihrem Angriff auf die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit.

Stadt München stellt Strafantrag gegen „Pro München"

Die Stadt München hat Strafantrag wegen ehrverletzender Beleidigung gegen die rechtsradikale Wählergruppe „Bürgerbewegung Pro München" gestellt, weil diese gegen Homosexuelle hetzt. In ihrer Wahlkampfzeitung hat sie auf Seite 2 unter der Überschrift „Religion, Identität, Tradition" geschrieben: „Nicht länger sollen in der Öffentlichkeit provozierend auftretende Schwule, Perverse und Abartige als Vorbilder Kindern und Jugendlichen vorgehalten werden." „Wir sind erschüttert darüber, in welch offener Art eine solche Minderheitenhetze wieder möglich ist und hoffen sehr, dass dem Strafantrag stattgegeben wird", erklärten Andreas Unterforsthuber und Heike Franz von der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Stadt München.

Hauptthema der Wählergruppen ist die „Islamisierung" Deutschlands, sie sprechen sich aber auch für eine „Abschaffung" des CSDs und gegen Homo-Rechte aus. „Pro München" will bei den Wahlen am 2. März in den Stadtrat der bayerischen Landeshauptstadt einziehen. *dk, www.queer.de* ■

„Hauen und Stechen" bei der „Partei Bibeltreuer Christen"

Alter Bundesvorstand abgesetzt und neuer gewählt • „Aufbruch 09"-Kurs gescheitert • Unterlegener Walter Weiblen will neue Partei gründen

von Thomas Klaus

„Auge um Auge, Zahn um Zahn" – an diesem biblischen Prinzip scheint sich die erzkonservative „Partei Bibeltreuer Christen" bei ihrem Sonderparteitag im hessischen Kirchheim orientiert zu haben. Denn dort ging es äußerst turbulent zu. Am Ende standen die Absetzung des amtierenden Bundesvorstandes, die komplette Neuwahl einer Führungsriege und der vollständige Rückzug des bisherigen Bundesvorsitzenden Dr. Walter Weiblen. Der war mit seiner Strategie „Aufbruch 09" gescheitert und will nach eigenen Worten Ende Januar eine weitere christlich-fundamentalistische Partei gründen.

Der ehemalige DaimlerChrysler-Manager und jetzige Unternehmensberater war 2005 Chef der PBC geworden. Durch „Aufbruch 09" wollte er letztlich eine neue Partei schaffen, in der unter anderem die PBC und die „Deutsche Zentrumspartei" vereinigt werden sollten. Dieses Vorhaben war innerhalb der 5.000 Köpfe zählenden Mini-Partei heftig umstritten. Beim ordentlichen Parteitag im Oktober holten sich Weiblen und seine Mitstreiter eine Abfuhr. Daraufhin setzten sie den mitgliederoffenen Sonderparteitag in Kirchheim durch. Dort stimmten 75 PBC-Mitglieder für und 122 gegen den Kurs Weiblens. Zuvor hatte das Bundesschiedsgericht die Wahl des Bundesvorstandes im Oktober „wegen gravierender Fehler und möglicher undemokratischer Einflussnahmen" für nichtig erklärt. Ein neuer Bundesvorstand musste her und wurde dann auch gewählt.

Ole Steffes ist neuer Bundesvorsitzender

Neuer Chef der PBC ist Ole Steffes aus Dresden. Weiblen hatte ihn noch mit dem Verbot des Bekleidens von Parteiämtern belegt. Ole Steffes ist leitender Bankprokurist von Beruf und diente der PBC bis zu seiner Entmachtung durch Weiblen als Bundesschatzmeister. Als Steffes-Stellvertreter fungieren Johannes Goepel aus Nordrhein-Westfalen, zugleich Schatzmeister, und Fritz Göldner aus Bayern. Zum Generalsekretär wurde Uwe Knietsch aus Sachsen bestimmt. Sitz der Bundesgeschäftsstelle ist Karlsruhe.

Die PBC steht unter anderem wegen ihrer Attacken gegen Homosexuelle und Ausländer in der Kritik. Exemplarisch für das Verhältnis zu Schwulen und Lesben ist ein Zitat des PBC-Ehrenvorsitzenden Gerhard Heinzmann aus dem Jahre 2000: „Immer dreister treten die Anhänger dieses widernatürlichen Lebensstils in der Öffentlichkeit auf. Es scheint, dass sich Dämonen gleich einer Wolke über unser Land ausbreiten und alle Bereiche unserer Gesellschaft durchdringen." Und in ausländerpolitischer Hinsicht brachte sich die PBC gleichermaßen klar in Stellung: In einem von Heinzmann und dem damaligen Bundesvorsitzenden Weiblen unterzeichneten Flugblatt aus dem Jahre 2005 wird die „Begrenzung der weiteren Zuwanderung" von Ausländern und ihre „freiwillige Rückkehr in die Heimatländer" verlangt.

Darüber hinaus huldigt die Partei noch anderer „Feindbilder". Als Schritte gegen die „Innenweltvergiftung der Menschen unseres Landes" (O-Ton Gerhard Heinzmann) fordert die PBC in ihrem gültigen Grundsatzprogramm unter anderem, dass die Ehescheidung erschwert und für unverheiratete junge Frauen ein Soziales Jahr eingeführt werden müsse. Nach Auffassung der Partei sollten die „antigöttlichen Praktiken" Astrologie, Wahrsagerei und Horoskope in allen Schulen und Bildungseinrichtungen verboten werden. Prostitution müsse scharf überwacht und Pornographie ebenso wie „gotteslästerliches" Schrifttum illegal sein, so das PBC-Grundsatzprogramm.

Ein Schwerpunktthema der „Partei Bibeltreuer Christen" ist die Abtreibung. Man darf es wohl als „Verharmlosung des Holocaust" betrachten, wenn die PBC immer wieder Abtreibung mit dem Massenmord an den Juden und anderen Menschen unter der Naziherrschaft in Deutschland gleichsetzt. In einem zentralen Flugblatt des Bundesvorstandes zu diesem Thema ist zu lesen: „10 Millionen heimtückisch im Mutterleib getötete Kinder seit Kriegsende auf deutschem Boden schreien zum Weltenrichter und verklagen uns erneut. Hitler hatte Krematorien, heute macht es die zuständige Klinik. Anstelle von Massengräbern genügen heutzutage Mülltonnen. Früher die Juden – entrechtet und wehrlos: ‚Untermenschen'. Heute die noch Ungeborenen."

Dr. Walter Weiblen und seine Anhänger haben nicht nur innerhalb der PBC „verbrannte Erde" hinterlassen. So störte Weiblen zusammen mit einigen seiner damaligen Parteifreunde den Bundesparteitag der gleichfalls christlich-fundamentalistischen „Christlichen Mitte" (CM) im Oktober in Paderborn. Zumindest beschwert sich die wiedergewählte Bundesvorsitzende Adelgunde Mertensacker in einer öffentlichen Erklärung darüber, dass Weiblen trotz Absage seitens der CM zum Bundesparteitag der „Christlichen Mitte" gereist sei. Das hätten die CM-Mitglieder als „Störung und Belästigung" empfunden. ■

Karneval tritt gegen „pro Köln" auf

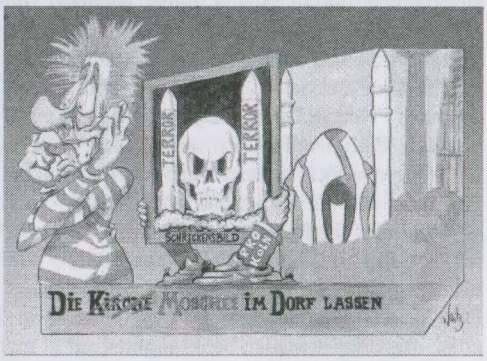
KÖLN. Interessante Tendenzen zeigt in letzter Zeit der offizielle Kölner „Hochkarneval", vertreten durch die großen Gesellschaften, das Festkomitee und die diesen Gremien angehörenden Männern: War es schon überraschend, in einer vor wenigen Wochen vom WDR ausgestrahlten Dokumentation des Kölner Historikers Carl Dietmar zu erfahren, dass das Festkomitee sich durchaus selbstkritisch mit der traurigen Geschichte des Fasteler in der Zeit des Faschismus auseinandersetzt, staunte der interessierte Beobachter in der vergangenen Woche noch mehr:

Die kölsche Lösung
"en neue Kulturkamell"

Dieter Clouth, Kölner Rechtsanwalt und langjähriges Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der „Kölschen Narren Gilde" wurde nach einer außerordentlichen Vorstandssitzung amtsenthoben, nachdem „pro Köln" bekannt gegeben hatte, dass der 62-Jährige in der rassistischen „Bürgerbewegung" aktiv werden würde. Der Rechtsanwalt, der die Gesellschaft nach der Amtsenthebung verließ, behauptete gegenüber der Presse zwar, diesen Schritt habe er nach Ende der Session ohnehin machen wollen, doch klingt diese Erklärung eher nach der Erklärung des Fuchses in der Fabel, dem die Trauben, die er nicht erreichen konnte, ohnehin zu sauer gewesen wären. Die Maßnahme der Narren Gilde war jedenfalls ein deutliches Zeichen der Distanz gegenüber Rechtsaußen.

Ein ähnliches, vielleicht noch deutlicheres Zeichen in der gleichen Sache setzte das Festkomitee bei der Vorstellung der diesjährigen Rosenmontags-Mottowagen. Gleich zwei Wagen setzen sich mit der von den Rassisten angezettelten unseligen Moscheediskussion auseinander: Während einmal von den Karnevalisten persiflierend eine kölsche Kompromisslösung bestehend aus Minarett und Domturm vorgeschlagen wird, zeichnet auf dem anderen Wagen eine Figur, die als „Contra Köln" deutlich gekennzeichnet, ist ein hasserfülltes Zerrbild des geplanten islamischen Gotteshauses, dem das tatsächlich geplante Bild gegenübergestellt wird. Die an die DITIB ausgesprochene Einladung, auf einem der Wagen mitzufahren, zeugt ebenfalls von der Absicht des Festkomitees, positiv in die Integrationsdebatte einzugreifen.

Ein drittes Ereignis in diesem Zusammenhang stimmt ebenfalls erfreulich: Nachdem das „Schnäuzer-Duo" in seiner Nummer für die ZDF-Fernsehsitzung der Ehrengarde das Publikum das Deutschlandlied singen ließ, bekannte, stolz darauf zu sein, Deutscher zu sein und und einen „Witz" mit deutlich rechtem Unterton zum Besten gab, ließ der Veranstalter in Absprache mit dem Sender die Nummer aus der Aufzeichnung herausschneiden. Begründet wurde dieses erfreulich deutliche Vorgehen allerdings nicht mit dem Inhalt des Auftritts sondern mit dessen Form: Es sei nicht zu beanstanden, wenn auf einer Sitzung die Nationalhymne gesungen würde (das war übrigens in der Zeit des Faschismus obligatorisch), schlecht sei allerdings, wenn ein Redner zum Moralisten würde.



Sei's drum, für rechte Redner ist die Entfernung der Nummer jedenfalls eine deutliche Warnung.

Die großen Gesellschaften mit ihren häufig gut betuchten Mitgliedern spiegeln recht gut die Kölner bürgerliche Gesellschaft wider. Ihre Sitzungen und die Gestaltung der Rosenmontagswagen sind, vielleicht ein wenig verzerrte, Abbilder ihrer Einstellungen.

Ohne in allzu viel Optimismus zu verfallen, sind die in den letzten Tagen und Wochen gegen rechts und für ein gutnachbarliches Verhältnis zwischen den Religionen getroffenen Entscheidungen positiv zu werten. Ob sie allerdings eine wirkliche Wende zu Liberalität und sozialer Verantwortung darstellen, bleibt abzuwarten.

tri ■

Neo-Nazis attackieren Gewerkschafter

BOCHOLT. Etwa 15 vermummte Neonazis haben in der Nacht vom 11. auf den 12. Januar das Haus des ver.di-Gewerkschafters und engagierten Antifaschisten Rainer Sauer in Bocholt belagert. Sie umkreisten das Haus mit Sprechgesängen, während ein kleiner Autokonvoi auf der Straße auf und ab fuhr und aus den Lautsprechern der Autos rechtsradikale Lieder abgespielt wurden. Dieser Angriff ist der traurige Höhepunkt einer Hetzkampagne der Nazis gegen den Mitbegründer und Sprecher der Bürgerinitiative „No Nazis" – Bocholt stellt sich quer". Rainer Sauer, der inzwischen Strafanzeige gestellt hat, lässt sich davon nicht einschüchtern. „Wir werden den Widerstand gegen die Nazis in unserer Stadt nicht aufgeben. Es bleibt dabei: Keinen Fußbreit den Faschisten."

verdi-NRW vom 16.1.2008
Siehe Homepage vom Bocholter Aufruf
http://bocholt-stellt-sich-quer.de/ ■

Von der Alltäglichkeit des Nazi-Terrors

BERLIN. Prof. Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, und Detlef Hensche, letzter Vorsitzender der IG Medien, eröffneten am 22. Januar die Ausstellung „Vor aller Augen – Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz" in der ver.di-MedienGalerie. Antifaschistische Aufklärung sei nötig, um in den aktuellen Auseinandersetzungen mit rechtem Gedankengut Position beziehen zu können, so ihre Grundaussage.

Die von der Stiftung Topographie des Terrors (www.topographie.de) erarbeitete Wanderausstellung dokumentiert mit vielen oft bisher unbekannten Fotos aus allen Regionen des Deutschen Reiches, dass faschistischer Terror alltäglich und öffentlich – vor aller Augen – praktiziert wurde. Der strapazierten Beteuerung von Zeitgenossen, man habe von Nazi-Untaten im Alltag nichts gewusst, gelte es auch nach einem Dreivierteljahrhundert energisch entgegenzutreten, meinen die Initiatoren. Der ver.di-Landesfachbereich Medien, Kunst und Industrie wertet die Schau als Aufruf zu Zivilcourage und Appell zur Einmischung gegen Rechts. Die Vernissage bildete den Auftakt zu weiteren Debatten und Veranstaltungen zum Jubiläum der Machtübernahme der NSDAP, die am 30. Januar 1933, vor 75 Jahren, mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler eingeleitet wurde.

Die ver.di-MedienGalerie befindet sich in der Dudenstraße 10 - 10965 Berlin-Kreuzberg. Die Ausstellung läuft bis 22. März 2008.

www.mediengalerie.org ■

Europäische Rechtsextreme unternehmen neuen Anlauf zur Kooperation

Vergangene Woche unternahmen rechtsextreme Parteien aus verschiedenen EU-Ländern, derzeit sind es vier an der Zahl, einen neuen Vorstoß zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit. An einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz in Wien am Freitag, 25. Januar 2008 nahmen u.a. die folgenden rechtsextremen Parteioberhäupter und Spitzenfunktionäre teil: Hans-Christian Strache und Andreas Mölzer für die österreichische FPÖ; Jean-Marie Le Pen und sein „Vizepräsident für internationale Angelegenheiten" Bruno Gollnisch vom französischen Front National; der Chef des belgisch-flämischen Vlaams Belang – Franck Vanhecke – sowie der vor anderthalb Jahren erfolgreiche Präsidentschaftskandidat der bulgarischen Atakia-Partei, Wolen Siderow. (Siderow erhielt bei der Wahl zum Staatschef im Oktober 2006 stolze 21,5 Prozent der Stimmen, freilich bei geringer Wahlbeteiligung in Höhe von 42,5 %.) Dem Auftritt vor den versammelten JournalistInnen ging laut den Worten von Andreas Mölzer, der die Pressekonferenz mit seinem Statement eröffnete, ein gemeinsames „Arbeitstreffen von patriotischen Parteien hier in Wien" voraus. Originaltöne von der darauffolgenden Pressekonferenz können unter folgendem Link gehört werden: http://cba.fro.at/show.php?lang=de&eintrag_id=8678

Die Teilnehmer an dem illustren Treffen kündigten an, bis zum Ende dieses Jahres eine gemeinsame europäische Parteistruktur schaffen zu wollen. Deren Name wurde bislang noch nicht genannt, im Umlauf befindlich sind aber die beiden möglichen Bezeichnungen „Europäische Freiheitspartei" (unter Anlehnung an die österreichischen ‚Freiheitlichen') und „Europäische Patriotische Partei".

Die Europäische Union erkennt grenzübergreifende Parteienzusammenschlüsse an und fördert sie finanziell, sofern Mitgliedsstrukturen aus mindestens sieben verschiedenen EU-Ländern (also ab einem Viertel der derzeitigen Mitgliedsstaaten der Union) daran teilnehmen. Die wichtigsten Zusammenschlüsse solcher Art sind die sozialdemokratisch-sozialistische SPE sowie der Dachverband der europäischen Christdemokraten und Konservativen, die Europäische Volkspartei (EVP), bei welcher die deutsche CDU/CSU eine führende Rolle einnimmt. Auch auf der politischen Linken gibt es einen strukturell ähnlichen Parteienzusammenschluss in Gestalt der Partei der europäischen Linken, die am 8. Mai 2004 in Rom ins Leben gerufen worden war, und daneben gibt es noch die radikalere Europäische antikapitalistische Linke (EAL). Ab sieben Teilnehmerparteien können solche grenzübergreifende Dachverbände, im Namen der Beförderung einer supranationalen politischen Kultur, auf finanzielle Unterstützung seitens der EU-Institutionen rechnen. Auf der extremen Rechten ist derzeit von erwartbaren 200.000 Euro im Jahr die Rede – sofern, ja, sofern sie insgesamt sieben Parteien aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten an einen Tisch bringen kann. Dies ist in der Vergangenheit zwar zeitweise gelungen, doch die Zusammenschlüsse zerfielen oftmals rasch wieder.

Kurzer Rückblick

An Versuchen der rechtsextremen Parteien aus mehreren europäischen Ländern, miteinander zu kooperieren, hat es in der jüngeren Vergangenheit nicht gemangelt. Regelmäßig scheiterte die Kooperation jedoch an strukturellen Faktoren – entweder daran, dass jeder unter den wichtigsten Chefs jeweils der Größte sein wollte, oder aber daran, dass das Geltendmachen nationaler Partikularinteressen gegen die nationalegoistischen Interessen anderer „Partner" verstieß.

So entzweite die angeblich offene „Südtirolfrage" wiederholt deutsche/österreichische und italienische Rechtsextreme. Auch die Rivalitäten zwischen „Führern", die jeweils eine zentrale Rolle für sich beanspruchten, durchkreuzten immer wieder Pläne für eine grenzüberschreitende Kooperation. So war Jörg Haider einige Jahre lang führend bei den Versuchen, ein europaweites Netzwerk rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien aufzubauen – und konnte jedoch zugleich Jean-Marie Le Pen nicht ab, der seinerseits Jörg Haider aufgrund der mehrjährigen Regierungsbeteiligung seiner Partei (ab Februar 2002) als „Anpasser" verächtlich machte. Beide Oberhäupter konnten sich also nicht riechen, und doch schienen beide Figuren für einen wirklich bedeutsamen Zusammenschluss der extremen Rechten in Europa nahezu unumgänglich.

Am 25. und 26. Juli 2002 fand im Schlosshotel ‚Seefels' am Wörthersee in Kärnten ein, zunächst als Urlaubsausflug getarntes, „Geheimtreffen" zwischen dem damaligen faktischen FPÖ-Chef Jörg Haider und hochrangigen Vertretern des Vlaams Blok (Franck Vanhecke und Filip Dewinter) sowie der norditalienischen, rassistisch-separatistischen Lega Nord (Mario Borghezio, Europaparlamentarier) statt. An dem Treffen nahm auch der damalige Chefideologe, pardon, „Kulturberater" Jörg Haiders, der notorische Pangermanist Andreas Mölzer, teil. Geplant war eine länderübergreifende Kooperation zu den Europaparlamentswahl im Jahr 2004, die dann jedoch nicht real zustande kam. Die französische extreme Rechte blieb außen vor – Jörg Haider verweigerte den Kontakt zu Jean-Marie Le Pen, unterhielt aber Kontakte zum Kopf eines Spaltprodukts von dessen Front National, nämlich Bruno Mégret. Dessen „National-Republikanische Bewegung" (MNR) wurde aber ab 2002 sichtbar zur Schrumpfpartei, und hatte alsbald Splittergruppen-Status.

Inzwischen führt Jörg Haider selbst eine (zunehmend in die Bedeutungslosigkeit abrutschende) Abspaltung von der FPÖ an, das „Bündnis Zukunft Österreichs" BZÖ. Der damals an dem Treffen beteiligte Vlaams Blok hat inzwischen seinen Namen in Vlaams Belang (Flämisches Interesse) abgeändert, nachdem der belgische Oberste Gerichtshof im Jahr 2004 die Partei unter ihrem alten Namen als „rassistisch" eingestuft hat, woraufhin dieselbe ihren Anspruch auf öffentliche Parteienfinanzierung verlor und sich umbenannte bzw. ihre „Neugründung" betrieb.

Im Januar 2007 war es auf europäischer Ebene soweit: Aufgrund des EU-Beitritts Rumäniens und Bulgariens und der Tatsache, dass beide Länder damals starke rechtsextreme Parteien aufwiesen (im ersteren Falle ist die „Großrumänienpartei" RPM inzwischen in der Wählergunst stark zurückgefallen), konnte die extreme Rechte im Europaparlament mit dem Einzug der rumänischen und bulgarischen Delegationen starken Zuwachs verzeichnen. Sie hatte nun genügend Abgeordnete beisammen, um eine Fraktion zu bilden, die im Januar 2007 unter dem Namen ‚Identität - Tradition - Souveränität' (abgekürzt ITS) aus der Taufe gehoben wurde. Doch im November desselben Jahres zerplatzte die Fraktion, nachdem die italienische Abgeordnete Alessandra Mussolini – ebenfalls Mitglieder der Fraktion – nach einem Kriminalfall in der Nähe von Rom pauschal gegen rumänische Einwanderer gehetzt und sogar den Abzug bzw. Hinauswurf des rumänischen Botschafters aus Italien gefordert hatte. (AN berichteten ausführlich)

Neuer Anlauf

Nunmehr steht also ein neuer Anlauf ins Haus. Im Augenblick sind noch nur vier Parteien daran beteiligt, und weder die „Großrumänienpartei" (die bei Nachwahlen zum Europaparlament nur noch 3,5 Prozent der Wählerstimmen erhielt) noch die italienische ‚Alternativa sociale' rund um Alessandra Mussolini sind bisher daran beteiligt. FPÖ-Chef Hans-Christian Strache kündigte auf der Pressekonferenz vom vorigen Freitag aber an: „Wir werden nun Gespräche mit holländischen, zypriotischen, dänischen, italienischen, griechischen, englischen Parteien oder in der Slowakei führen." Hingegen mochte er – auf Nachfrage hin und in knappen Worten

– eine Gesprächsführung mit der deutschen NPD oder DVU ausgeschlossen wissen („Von mir sicher nicht"). Letztere scheinen doch gar zu anrüchig zu bleiben. (Hingegen sind eventuelle Gespräche mit der Pro Köln/Pro NRW/Pro Deutschland-Strömung vielleicht nicht auszuschließen?)

Bis zum 15. November 2008 soll die neue Parteistruktur nun stehen, um grenzübergreifend zur kommenden Europaparlamentswahl antreten zu können. Einen gemeinsamen Wahlkampf werde es jedoch nicht geben, kündigte Andreas Mölzer, der persönlich als der zentrale Motor des Projekts grenzübergreifender Zusammenarbeit gelten darf. Mölzer nannte als gemeinsame inhaltliche Basis des Projekts die Bekämpfung einer angeblichen „Islamisierung" sowie der „Selbstaufgabe" Europas sowie einer angeblichen „unkontrollierten (außereuropäischen) Massenzuwanderung".

Bernhard Schmid. Paris ■

Französische Gewerkschaften möchten „illegale" Einwanderer organisieren. Extreme Rechte spricht von „Verrat an den französischen Arbeitern"

Gemeinsam haben mehrere französische Gewerkschaften vergangene Woche angekündigt, eine Kampagne zur stärkeren gewerkschaftlichen Organisierung der lohnabhängigen ‚Sans papiers' (illegalisierter Einwanderer) zu lancieren. Es handelt sich dabei um die CGT (den größten der fünf branchenübergreifenden Gewerkschafts-Dachverbände, die national als „repräsentativ" anerkannt sind, „postkommunistisch" bzw. linkssozialdemokratisch orientiert), die FSU (den mit Abstand größten Verband von Lehrergewerkschaften), die linke Basisgewerkschaft SUD sowie die anarcho-syndikalistische CNT. Diese Organisationen decken zusammen den linkeren Flügel der französischen Gewerkschaftslandschaft ab. Hingegen sind die anderen vier – neben der CGT – auf nationaler Ebene offiziell anerkannten Gewerkschaftsbünde (CFDT: rechtssozialdemokratisch, FO: populistisch-schillernd, CFTC: christlicher Gewerkschaftsbund und CFE-CGC: Standesvertretung der höheren und leitenden Angestellten) bislang nicht mit von der Partie. Allerdings nimmt daneben zumindest die CFDT inhaltlich durchaus recht korrekte Positionen zur Frage der Rechte von Einwanderern, auch illegalisierten, auf dem Arbeitsmarkt ein.

Der rechtsextreme Front National (FN) spricht in einem Kommuniqué von einem „Verrat an der französischen Arbeitern". Dieses Mal erweist sich, dass die rechtsextreme Partei es nicht völlig verlernt hat, das sozialdemagogische Register zu ziehen. Die eigene „gewerkschaftliche" Tätigkeit der extremen Rechten, in Gestalt des Aufbaus von als „Gewerkschaften" getarnten Satellitenorganisationen des FN vor allem in den Jahren 1995-98, gehört heute (vorläufig?) der Vergangenheit an. Allerdings hat die „Cheftochter" und wahrscheinliche zukünftige Parteivorsitzende Marine Le Pen in ihrer Ansprache vor dem letzten Parteikongress im November 2007 in Bordeaux (vgl. http://video.google.com/videoplay?docid=1102101636372054926) den Aufbau solcher „Gewerkschaften" ausdrücklich als eines der strategischen Ziele bzw. Mittel der Partei benannt. Abzuwarten bleibt, ob die Partei in ihrer Praxis auf dieses Terrain zurückkehrt oder nicht. *BhS (Paris)* ■

Landtagswahl in Niedersachsen – verstärkte Aktivitäten der NPD

Übergriffe bei NPD-Infostand in Celle

CELLE. Am 12.1.08 führte die NPD zum wiederholten Male (09.01.08) einen „Info"-Tisch in der Celler Innenstadt durch. Die NDP tritt in Celle mit den bekannten Nazis Klaus Hellmund und Dennis Bührig der Kameradschaft 73 zur Wahl an. 10 weitere Nazis aus dem Umfeld der Kameradschaft 73 halfen ihnen bei dem Versuch ihr rechtes Gedankengut zu verbreiten. Eine Gruppe von 30 Antifas hatte sich ebenfalls eingefunden, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen und wurde gleich am Anfang von den ca. 10 Neonazis angegriffen, welche auf die Gruppe zu stürmten. Dabei kam es zu einen Gerangel und mehreren versuchten Faustschlägen gegen die Antifaschist_Innen, daraufhin schritt die Polizei ein, welche die Neonazis zu ihrem Infotisch zurückdrängte. Nachdem der Infotisch abgebaut wurde, begleitete die Polizei die Nazis zu ihren Fahrzeugen. Auf Höhe des Großen Plans stürmten die Neonazis auf eine Gruppe Jugendlicher zu. Ein Nazi zog im Zuge des Angriffs ein Messer und fügte einem 30 Jährigen Mann eine 3cm lange Schnittverletzung im Gesicht zu. Der Schnitt, welcher sich vom Mund bis zu Nase zog, musste sofort im Krankenhaus genäht werden. Die Polizei, welche die Situation absolut falsch eingeschätzt hatte, bekam die Lage nur mit einiger Mühe unter Kontrolle. Daraufhin wurden die Nazis zu ihren Autos geleitet, um ihnen eine gesicherte Abreise zu ermöglichen. Eines widerlegt dieser Tag auf jeden Fall: die Einschätzung des Celler Staatschutzes, dass in Celle und Umland keine gewaltbereiten Neonazistrukturen vorhanden sind. Die NPD steht nicht der gewaltbereiten Neonaziszene nahe, sie sind die gewaltbereite Neonaziszene!

Quelle: Pressemitteilung der Antifaschistischen Aktion Celle 12.01.2008

Kundgebung gegen Mahnwache der Nazis in Hameln

HAMELN. Jürgen Rieger und Thomas „Steiner" Wulff luden für den 12. Januar nach Hameln vor das Kino in der Deisterstr.20 a zu einer „Mahnwache" ein. Die Stadt hatte die von den Nazis geplante „Veranstaltung" im Haus untersagt, da die Baumängel derzeit immer noch nicht behoben und deren Beseitigung immer noch nicht nachgewiesen worden sind.Die „Kundgebung" der Nazis vor dem Gebäude wurde aber zugelassen.

Jürger Rieger hatte 1999 das Gelände Deisterstr. 20 und 20a gekauft und herunter kommen lassen. Seit einigen Jahren versucht Rieger das heruntergekommene Gebäude erfolglos zu verkaufen. Bisher konnte Rieger seine Drohungen, das Objekt als Veranstaltungsort für rechte Zusammenrottungen zu nutzen, nicht durchsetzen, da er die Baumängel nicht beseitigen ließ.

An Riegers Mahnwache nahmen knapp 30 Neonazis teil. An den verschiedenen Gegenaktionen, zu denen u.a. VVN-BdA und DGB aufgerufen hatten, beteiligten sich insgesamt 500 Menschen. *Quelle: antifa.sfa.over-blog*

3000 Menschen joggen und demonstrieren gegen NPD

HANNOVER. Laut Berichterstattung der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" haben am Wochenende 19. und 20.01. 3000 Menschen an Protesten gegen die NPD teilgenommen. „Rund 3000 Menschen haben in verschiedenen Städten gegen die NPD und andere Rechtsextremisten demonstriert. In Salzgitter-Lebenstedt beteiligten sich am 19.01. mehr als 100 Jogger an einem „Protestlauf gegen Braun". Wegen des Laufs konnten 80 NPD-Anhänger nicht wie geplant vor dem Rathaus aufmarschieren, sondern mussten an den Stadtrand ausweichen. Den Läufern hatten sich auch zahlreiche Spaziergänger und Walker angeschlossen. In Bad Lauterberg fand eine Demonstration unter dem Motto „Kein ruhiges Hinterland für Neonazis" statt. Bad Lauterberg gilt als ein Schwerpunkt für Aktivitäten der Rechtsextremisten in Niedersachsen. Dort wohnen mehrere Landtagskandidaten der NPD. Ebenfalls am Samstag demonstrierten 200 Menschen in Goslar gegen eine Kundgebung der NPD. Am Sonntag demonstrierten 400 Menschen in Meckelfeld (Kreis Harburg) gegen eine Kundgebung der NPD."

Quelle: HAZ, 21.01.08
Zusammenstellung bee ■

Tausende auf dem Hauptbahnhof Hannover

Regionspräsident: Ein „Gefühl von Ohnmacht und Wut"/ DGB: „Gegen alte und neue Nazis"

HANNOVER. Vom 07.-11.01.2008 machte der „Zug der Erinnerung" in Hannover Station. Der Unterstützerkreis – wurde von 18 Organisationen getragen. Mehrere Tausend Menschen, darunter Schülerinnen und Schüler aus über 60 Klassen, besichtigten den Zug. An manchen Tagen bildeten sich lange Schlangen. Am letzten Tag betrug die Wartezeit über eine Stunde, kaum einer der Wartenden hat den Bahnhof deshalb verlassen. Begleitend fanden 10 Veranstaltungen in und um Hannover statt. Die Veranstaltungen waren gut besucht. Besonders spannend war die Veranstaltung „Mit der Reichsbahn in den Tod", in der der Referent die Mittäterschaft der Deutschen Bahn aufzeigte und dass in den Nürnberger Prozessen kein Vertreter der Bahn angeklagt wurde. Von daher war die Dokumentation in dem Zug zu der Mittäterschaft der Bahn ein wichtiger Aspekt, auch für die Forderung „Freie Fahrt für den ‚Zug der Erinnerung'.

Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung berichtete: „Tausende Besucher strömen seit Montag in den „Zug der Erinnerung", der auf Gleis 104 des Hauptbahnhofs von Hannover steht. Wie die pädagogischen Begleiter berichten, haben sie allein am vergangenen Dienstag 2.500 Gäste gezählt. „Am Mittwoch waren es erneut über 2.000, darunter mehr als die Hälfte Jugendliche", sagt Martin Rapp, der Ansprechpartner für Schulklassen ist. „Es gibt einen großartigen Zuspruch der Hannoveraner aller Altersgruppen." In- und ausländische Medien (Independent), bringen täglich Berichte, nachdem die Ausstellung von Vertretern der Stadt, der Region sowie vom DGB Niedersachsen-Mitte eröffnet worden ist. Er empfinde ein „Gefühl von Ohnmacht und Wut", wenn er an die Verbrechen der Nazis denke, sagte Regionspräsident Heike Jagau in seiner Ansprache auf Gleis 104. Sebastian Wertmüller vom Deutschen Gewerkschaftsbund erwähnte die Umtriebe der NPD und unterstrich die Aktualität des Gedenkens:

Kurzfristig hat die Direktion der französischen Staatsbahnen SNCF für die fahrende Ausstellung einen Ersatzwaggon zur Verfügung gestellt, denn wegen der Verdoppelung der ursprünglich geplanten Fahrstrecke kam es zu einem technischen Engpass.

„Der Zug der Erinnerung ist eng verknüpft mit aktivem Engagement gegen alte und neue Nazis, gegen Antisemitismus und Rassismus (...) Wir weisen heute nicht nur auf viele einzelne Schicksale hin, die sich hinter den Zahlen der Deportierten und hinter den Zahlen der Ermordeten verbergen. Wir thematisieren auch die Rolle einer allen bekannten Einrichtung, die Rolle der Deutschen Reichsbahn, deren historischer Nachfolger die Deutsche Bahn ist. Ohne die Reichsbahn, ohne die bürokratisch korrekte Abwicklung der Deportationen und der Todeszüge in die Vernichtungslager, wäre der Holocaust nicht möglich gewesen (...) Erst seit 1998 gibt es ein Mahnmal am Bahnhof Grunewald Gleis 17 in Berlin, das an die Rolle der Reichsbahn im Nationalsozialismus erinnert. Zahlreiche Versuche, örtlich ein Gedenken zu gestalten, wurden von der Bahn AG bisher verweigert und auch der 'Zug der Erinnerung' wurde nur möglich, indem jeder Streckenkilometer und jeder Stationsaufenthalt bei der Bahn, d.h. über die DB Netz AG privatwirtschaftlich angemietet und bezahlt wird. Diesen Skandal gilt es offen anzusprechen und deswegen erheben wir heute auch die Forderung an die Bahn AG und das Bundesverkehrsministerium, von ihren Finanzforderungen in Höhe mehrerer zehntausend Euro Abstand zu nehmen Ich denke es kann nicht angehen, dass die Bahn sich die Erinnerung an ihre eigene unheilvolle Geschichte im Nationalsozialismus auch noch vergüten lässt."

Am 12. und 13.1. war der „Zug der Erinnerung in Lehrte und zählte über 3.000 Besucherinnen und Besucher. *bee* ■

Quelle: „Hannoversche Allgemeine Zeitung

BERLIN. Am 23.1. wurde in der Passerelle des Bahnhofs Potsdamer Platz die Ausstellung über die Deportationen der Deutschen Reichsbahn eröffnet.

Eine verwickelte Geschichte: Nach langem Tauziehen hat die Deutsche Bahn nun doch einer Ausstellung über die Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn in ihren Bahnhöfen zugestimmt (man erinnere sich an Herrn Mehdorns Polemik über unangemessene Emotionen, die würstchenkauenden Reisenden nicht zugemutet werden sollen). Beate und Serge Klarsfeld, die lange Jahre eine Ausstellung über die Deportation jüdischer Kinder gefordert haben, durften schließlich 15 Tafeln dazu beitragen. Ihre Ausstellung über die 11.000 aus Frankreich deportierten jüdischen Kinder war mit Unterstützung der französischen Bahn SNCF 2003 und 2004 in allen bedeutenden Bahnhöfen Frankreichs gezeigt worden. Die Ausstellung wird nach Berlin noch in verschiedenen anderen Bahnhöfen gezeigt, zunächst im Hbf Halle und Münster.

Die DB-Ausstellung hat nichts mit dem „Zug der Erinnerung" zu tun, der von deutschen Initiativen aus verschiedenen Städten initiiert wurde und nicht von der Bahn unterstützt wird. *S.J.* ■

Ausländerbehörde plant weitere Abschiebungen nach Guinea

HAMBURG. Nach Mitteilung des Flüchtlingsrats Hamburg ist die Hamburger Ausländerbehörde zurzeit erneut dabei, Abschiebungen nach Guinea vorzubereiten. Mehreren Gefangenen im Abschiebeknast Fuhlsbüttel hatte die Behörde vor kurzem Rückreisedokumente für Guinea vorgelegt. Ausgestellt waren diese Papiere von der dubiosen guineischen Delegation, die sich auf Betreiben der Hamburger Innenbehörde 2005 zu diesem Zweck zweimal in Hamburg aufhielt. Eine schnelle Abschiebung scheint aber im Augenblick aus zwei Gründen nicht so einfach zu sein. Einmal, weil die vorhandenen Dokumente nur bis 2006 gültig sind. Zum anderen, weil die Ausländerbehörde mit ihrem Versuch, eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer über die deutsche Botschaft in Guinea zu erreichen, bisher gescheitert ist. Unter Verweis auf die derzeitigen Unruhen in Guinea hatte sich die Botschaft gegen Abschiebungen ausgesprochen. Gültige Reisedokumente will sich die Ausländerbehörde jetzt über die Botschaft Guineas in Berlin besorgen. *bab* ■

Neues Brandgutachten im Jalloh-Prozess angeordnet

DESSAU. Der seit zehn Monaten laufende Strafprozess gegen zwei Polizisten wegen des Todes des Asylbewerbers Oury Jalloh im Dessauer Polizeigewahrsam zieht sich hin. Die Kammer des Landgerichts Dessau-Roßlau ordnete am Mittwoch überraschend die Erstellung eines weiteren Brandgutachtens an. Die Expertise könnte in sechs bis acht Wochen vorliegen. Der Asylbewerber aus Sierra Leone war am 7. Januar 2005 bei einem Brand in seiner Zelle am sogenannten Hitzetod gestorben, der durch das Einatmen sehr hoher Temperaturen verursacht wird. Er war damals nach der Belästigung von mehreren Frauen und wegen Widerstandes gegen die Polizei festgenommen worden.

Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten Körperverletzung mit Todesfolge beziehungsweise fahrlässiger Tötung durch Unterlassen vor. Der damalige Dienstgruppenleiter soll die Hilferufe des Afrikaners überhört und die Warntöne von Rauchmelder und Lüftungsanlagen der Zelle zunächst ignoriert haben. Der Mitangeklagte hatte laut Staatsanwaltschaft bei der Durchsuchung des späteren Opfers ein Feuerzeug übersehen, mit dem dieser die Matratze in Brand setzte. Aus Sicht der Anklagebehörde hätte bei einem rechtzeitigen Eingreifen der Polizisten das Leben des Mannes gerettet werden können.

Mit dem neuerlichen Gutachten soll das Institut Feuerwehr in Sachsen-Anhalt klären, welche Temperatur zu welchem Zeitpunkt nach Ausbruch des Feuers am Kopf des Opfers geherrscht hat. Für das Gutachten müsse eine Zelle mit Fliesen, Rauchmelder und Luftabzug nachgebaut werden, sagte der Vorsitzende Richter Manfred Steinhoff. Die Zelle im Dessauer Polizeirevier, in der der Mann ums Leben kam, sei inzwischen umgebaut worden und damit für den Versuch nicht mehr geeignet. Mit Hilfe von eng angeordneten Temperaturfühlern soll ein genauer Verlauf der Temperaturkurve ermittelt werden. Damit ließe sich möglicherweise genauer feststellen, bis zu welchem Zeitpunkt das Leben des Afrikaners hätte gerettet werden können.

Brandgutachter Klaus Steinbach sagte vor dem Landgericht, eine Rettung des an Händen und Füßen auf einer Matratze fixierten Mannes wäre bei einem Löschen des Feuers in einer Zeit von weniger als dreieinhalb Minuten möglich gewesen. Das hätten drei Versuche im April 2006 mit baugleichen Matratzen und einer bekleideten Schaufensterpuppe ergeben. In jedem Versuch hätten die Rauchmelder nach 82 bis 90 Sekunden angeschlagen und Signal gegeben. Der Bezug der neun Zentimeter dicken Matratze, die auf einem Sockel in der Zelle liegt, sei allerdings nicht entflammbar. Lediglich der Schaumstoff im Inneren ließe sich mit einem Feuerzeug entzünden. Offenbar wies damals der Bezug einen Riss auf.

Die für Donnerstag und Freitag angesetzten Verhandlungstermine wurden abgesetzt. Der Prozess wird am 13. Februar mit der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Landsleute des Opfers erhoben am Rande des Verfahrens wiederholt Vorwürfe gegen die Polizei und sprachen von Mord, dem Jalloh zum Opfer gefallen sei.

http://thevoiceforum.org
Quelle: PR-inside.com 23.1.2008 ■

Das vergessene Volk

Presseerklärung des Rom e.V. zur Frage der Unabhängigkeit des Kosovo

Der ab 1. Januar 2008 amtierende EU-Ratsvorsitzende, der slowenische Außenminister Rupel, erklärte am 11. Januar, dass noch „Spielraum beim künftigen Status des Kosovo" bestehe, insbesondere im Blick auf Garantien für die serbische und andere Minderheiten im Fall einer Unabhängigkeit. Da es der erklärte Wille der USA und Deutschlands ist, die Unabhängigkeit des Kosovo möglichst schnell herbeizuführen, ist jetzt die letzte Möglichkeit gegeben, mit öffentlichem Druck die Menschenrechte auch der Roma-Minderheit einzufordern und zu garantieren und insbesondere die deutsche Bundesregierung an ihre Verantwortung zu erinnern. Daher erklärt der ROM e.V. Köln:

Nach dem Einmarsch der Nato in den Kosovo 1999 begann die albanische „UÈK" unter den Augen, vor allem von US-, deutschen und englischen Soldaten, mit der systematischen ethnischen Vertreibung von Hunderttausenden nichtalbanischer Menschen – neben den Serben waren dies Gorani, Türken und Juden und vor allem die größte dieser nichtserbischen Gruppen, die Roma und andere als „Zigeuner" geltende Menschen wie Aschkali und Ägypter.

Das Programm der UÈK -Führer war der deutschen Politik seit langem bekannt: Schaffung eines „ethnisch reinen Kosovo", in dem nur Albaner siedeln sollten. (Die Welt 17.1.1986). Wie die Recherchen der Gesellschaft für bedrohte Völker Göttingen und des Rom e.V. Köln, ergaben, wurden fast 75% der Roma Opfer der Pogrome; viele wurden erschlagen, andere ertranken bei der Flucht über die Adria. 15.000 ihrer Häuser, ganze Roma-Viertel, wurden zerstört. Die meisten flohen vor den Mordbrennern und Plünderern ins Ausland, auch nach Deutschland.

Angesichts der bevorstehenden Unabhängigkeits-Erklärung des von der eh. UÈK dominierten Kosovo, die auch von Deutschland befürwortet und betrieben wird, fragen wir die Bundesregierung:

1. Wie werden Sie die Wiedergutmachung für die nach dem Nato-Einmarsch vertriebenen Menschen aus dieser Minderheit garantieren? Nämlich: die Restitution der Häuser und Grundstücke und des anderen Eigentums, sowie die Entschädigung für die Angriffe auf Leib, Seele und Leben und für den Verlust der Heimat.

2. Wie wollen Sie die Sicherheit von Eigentum und körperlicher Unversehrtheit der im Kosovo verbliebenen Angehörigen der Roma. Aschkali und Ägypter schützen, denen die Nato und die UNMIK auch bisher keinen Schutz bieten konnten? Die Angriffe auf Roma und andere Nichtalbaner wie die Pogrome vom Frühjahr 2004 sind immer noch ungesühnt. Wie sollen die Roma existieren in einem Land, wo ihnen „der Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheits- und Sozialwesen sowie zum Bildungssystem verwehrt" bleibt (Paul Polansky, Gesellschaft für bedrohte Völker Jan.2008). Auch wenn EU- und UNO-Behörden nach der Unabhängigkeit präsent sein werden, werden von der albanischen Mehrheit dominierte Truppen und Polizei, Gerichte und Verwaltungen eingesetzt werden. Völlig ausgeblendet wird, dass die albanischen Institutionen im Kosovo nach dem Urteil internationaler Be-

obachter bis heute von organisierter Kriminalität durchsetzt sind.

3. Wird die Bundesregierung die Abschiebung von Roma, Aschkali oder Ägyptern in einen von der ehemaligen UEK dominierten unabhängigen Kosovo aussetzen?

4. Was werden Sie tun, damit die Verantwortlichen für die rassistische Verfolgung und Vertreibung der Roma und der anderen nichtalbanischen Minderheiten vor dem Haager Tribunal zur Rechenschaft gezogen werden, insbesondere der derzeitige Regierungschef und Exterrorist Thaci?

Wir erwarten, dass die Bundesregierung den vertriebenen Roma Antworten auf diese Fragen gibt und dass sie sich in der EU und in der Kosovo-Kontaktgruppe für die hier genannten Rechte der Roma-Minderheit einsetzt und diese garantiert.

Köln, 18.1.2008, ROM e.V. Köln
Für den Vorstand: K. Holl ■

Sechs Jahre Guantánamo, sechs Jahre Willkür statt Recht

BERLIN. „Auch nach sechs Jahren Guantánamo ist kein Ende der menschenverachtenden Haft im rechtsfreien Raum in Sicht." Anlässlich des Jahrestags der ersten Überstellungen von Gefangenen in das US-Lager auf Kuba am 11. Januar 2002 wendet sich amnesty international (ai) mit einer Petition von mehr als 1.200 Parlamentariern aus aller Welt an den US-Kongress. Außerdem ruft ai mit Aktionen von London über Stockholm und Bahrain bis Manila die Weltöffentlichkeit auf, Druck auf die USA zu machen. „Guantánamo ist zum Symbol für Menschenrechtsverletzungen im Anti-Terror-Kampf geworden", sagte Barbara Lochbihler, Generalsekretärin der deutschen Sektion von ai. „Das Gefangenlager steht auch für einen gefährlichen weltweiten Trend", so Lochbihler. „Die USA aber auch andere Staaten höhlen grundlegende Menschenrechte aus und geben vor, damit mehr Sicherheit zu schaffen."

Gemeinsam mit Parlamentariern unter anderem aus Großbritannien, Japan, Israel und Deutschland fordert ai von den USA die sofortige Schließung Guantánamo, den Zugang von UN-Sonderberichterstattern zu den Gefangenen sowie ein Ende des Systems geheimer Gefängnisse. Weltweit organisieren Mitglieder der Organisation Mahnwachen vor US-Botschaften, so auch in Berlin (11. Januar, 17-19 Uhr, Unter den Linden / Neustädtische Kirchstraße).

Mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen in den USA sagte Lochbihler: „Bisher haben alle Präsidentschaftskandidaten der Demokraten angekündigt, im Falle eines Wahlsiegs Guantánamo zu schließen." Und die meisten Kandidaten der Republikaner hätten eingesehen, dass einige der Verhörmethoden in Guantánamo nichts anderes als Folter seien.

ai wies erneut darauf hin, dass Guantánamo nur der sichtbare Teil eines weltweiten Netzes rechtswidriger US-Haft-einrichtungen ist. Die Regierung Bush setze in der Anti-Terror-Politik auf ein System von „Verschwindenlassen" in Geheimgefängnisse, unbegrenzter Haft ohne Anklage und Überstellung von Verdächtigen in Staaten, in denen ihnen Folter droht.

Ausführliches Hintergrundmaterial (Zahlen und Fakten, Chronologie, Aussagen ehemaliger Häftlinge und mehr) sowie Aktionsmöglichkeiten finden Sie unter: www.amnesty.de.

Quelle: ai, 10.01.2008 ■

Zahl der Empfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz weiter rückläufig

BERLIN. Die Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sinkt weiter. Am 31. Dezember 2006 habe es 194.000 Leistungsbezieher gegeben, während es ein Jahr zuvor noch 211.000 gewesen seien, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/7574) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (16/7365). Weiter heißt es darin, es bestehe derzeit nicht die Absicht, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz anzupassen. Die Abgeordneten hatten darauf verwiesen, dass die Beträge seit 1993 nicht angehoben worden seien und inzwischen um rund 35 Prozent unter dem Sozialhilfeniveau von 347 Euro für Alleinstehende lägen.

Quelle: Pressemitteilung Bündnis 90/Die Grünen 12/2007 ■

NPD hetzt gegen Flüchtlingsrat

NIEDERSACHEN. In der Wahlzeitung der NPD zur Landtagswahl in Niedersachsen hetzt die NPD: „Ahmed Siala soll nach Hause gehen. Einwanderung löst keine probleme" „Filiz Polat – etwa auch eine Landsmännin? – von den Grünen findet sogar, auf Siala laste ein ‚unerträglicher Druck'. Denn er soll dorthin abgeschoben werden, wo bereits Frau und Kinder auf den 28-jährigen warten. Der Libanesen-Türken-Kurde will nun also in Revision gehen, um ein Bleiberecht zu erstreiten. Frage: Woher nimmt der Mann das Geld dazu? Und: Wann werden Türken, Libanesen u.a. endlich begreifen, daß der deutsche Staat kein Selbstbedienungsladen ist? Vermutlich leider erst dann, wenn Institutionen wie der Niedersächsische Flüchtlingsrat in die Schranken gewiesen werden. Dessen Vertreterin, Gisela Penteker, heult in der Presse rum, daß Siala in unzumutbare Verhältnisse abgeschoben werden würde. In Izmir sei es eng und modrig. Frau Penteker, in manchen Wohnungen von HartzIV-Empfängern sieht es aucn nicht so gemütlich aus, wie bei Ihnen. Nicht jeder bringt wie Sie ein Arztgehalt nach Hause. Wie wäre es, wenn Sie sich erst mal um ihren Nachbarn kümmern würden? Oder soll am Ende eine Einladung für alle beengt Wohnenden in ganz Izmir ausgesprochen werden? Fälle wie Ahmed Siala gibt es leider in Niedersachsen zuhauf. Die Flüchtlingspotitik der im Landtag vertretenen Parteien sitzt dem Irrtum auf, daß man die Probleme der Welt durch Einwanderung löst. Wir haben aber in unserem Land inzwischen selbst genügend Probleme. Die NPD fordert deshalb: Alle straffälligen Ausländer haben sofort das Land zu verlassen. Dem Niedersäsischen Flüchtlingsrat sind die Gelder zu streichen. Vielleicht kann er ja für Unterstützung aus der Türkei werben. In Hannover sollten die Interessen der deutschen Bevölkerung an erster Stelle stehen."

(Die Schreibfehler sind in der Meldung der NPD-Wahlzeitung enthalten)
Quelle: Nds. Flüchtlingsrat ■

Bleiberechtstour der Grünen

Die Grünen im Niedersächsischen Landtag haben in dieser Woche ihre angekündigte Bleiberechtstour gestartet. Zum Auftakt hat Filiz Polat, Mitglied des Petitionsausschusses, zusammen mit ihrer Fraktionskollegin Ina Korter aus Nordenham die Ausländerbehörde des Landkreises Brake besucht. Zweite Station war gestern der Landkreis Osnabrück. Beide Landkreise fielen auf wegen ihrer geringen Anerkennungsquoten. Weitere Besuche in niedersächsischen Ausländerbehörden werden im Neuen Jahr folgen. Gegenstand der Gespräche im Rahmen der Grünen Bleiberechtstour ist jeweils die Umsetzung der Bleiberechtsregelungen in den Ausländerbehörden vor Ort. Dabei wollen die GRÜNEN den Gründen für die eklatant unterschiedlichen Anerkennungsquoten bei den einzelnen Ausländerbehörden nachgehen.

Erkennbar werden diese Unterschiede auf einer Karte, die die GRÜNEN aufgrund von Zahlen aus dem Niedersächsischen Innenministerium erstellt haben. Filiz Polat und Georgia Langhans (Flüchtlingspolitische Sprecherin):

„Wir wollen den Behörden in unseren Gesprächen vermitteln, dass grundlegend für eine erfolgreiche Umsetzung des Bleiberechts im Sinne seines Zwecks, ein Paradigmenwechsel in den Behörden ist. Dieser Wechsel muss sich weg von einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber den Antragstellenden hin zu einer offenen Bereitschaft zu Hilfe und konstruktiver Zusammenarbeit mit ihnen

vollziehen. Bei aller berechtigten Kritik an der bayerischen Migrationspolititk kann sich Herr Schünemann an dieser Stelle noch eine große Scheibe zur wohlwollenden Anwendung des Bleiberechts abschneiden. Wichtig ist, dass die Ausländerbehörden ihrer Beratungsfunktion angemessen nachkommen und ihre Kundschaft aktiv über deren Rechte informieren und ergänzendes Infomaterial ausgeben. Zudem wollen wir auf den Wegfall der arbeitsrechtlichen Vorrangprüfung hinweisen, dessen sich vermutlich noch nicht alle Behörden bewusst sind. Es ist also noch viel Auklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Dabei schätzen wir sehr die Arbeit des Flüchtlingrats und der Initiativen vor Ort."

Quelle: Pressemitteilung der Grünen 01/2008 ■

Flüchtlinge beklagen Isolation und Perspektivlosigkeit im Lager

OLDENBURG. Die – oft jahrelange - Isolation von Flüchtlingen in Lagern ist menschenunwürdig und sollte sofort beendet werden. Das ist das vorläufige Resumée einer mit 100 Teilnehmern/innen gut besuchten Anhörung, die das Netzwerk Flüchtlingshilfe Niedersachsen in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen und der Stiftung Leben und Umwelt am heutigen Freitag in Oldenburg durchgeführt hat.

Die in großer Zahl anwesenden Flüchtlinge klagten vor allem über Isolation und Perspektivlosigkeit:

„Ich bin gezwungen, auf engstem Raum mit Menschen zusammen zu leben, mit denen ich nichts zu tun haben will. Ich habe keinen Kontakt zu Menschen außerhalb dieses Lagers. Ich führe kein normales Leben."

„Jeder Tag ist wie der vorherige, man bekommt das Mittagessen, das Abendbrot in der Kantine und das war's, es gibt nichts mehr zu tun, glauben Sie es mir, dieses vegetierende Leben macht die Leute krank, nicht physisch sondern seelisch krank, dieses Warten ohne Ende, man verliert die Richtung... Man hat kein eigenes Leben, ich weiß nicht was die Zukunft bringt, ich weiß nicht ob ich eine Zukunft habe, ich habe fast alles verloren und würde gerne noch mal anfangen, aber dort [im Lager] verliere ich manchmal die Hoffnung, ich bin fertig, ich fühle mich als ob ich ein Parasit wäre und das gefällt mir nicht, ich bin immer aktiv gewesen, das ist für mich das Schlimmste... Man ist nie ruhig, man weiß nicht wer der Nachbar ist und was für Sachen er getan hat oder immer noch tut, diese Spannung, plus die Inaktivität, plus das Warten, das frisst die Seele und die Gedanken werden immer durcheinander, man steht da, sieht um sich und das ist wie im Nebel zu sein, ... das Licht, das ich irgendwann mal gesehen habe, wird jeden Tag schwächer."

„Niemand kommt hierher. Der Weg ins Lager ist zu Fuß zu weit für Frauen, Kinder und Kranke. Vor allem bei Einkäufen und Arztbesuchen. Der Bus ist zu teuer. Wir leben seit 5 Jahren in einem Zimmer auf einem Gang mit 8 Familien."

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht erläuterte der Psychologe Tobias Pieper (FU Berlin) die Geschichte der Lagerunterbringung in Deutschland, die von der Politik seit je her als eine Methode der gewollten Abschreckung von Flüchtlingen konzipiert worden sei. Die neue administrative Strategie habe zum Ziel, eine Verteilung von Flüchtlingen in die Kommunen komplett zu vermeiden. „In Niedersachsen können wir derzeit die Konturen des zukünftigen Umgangs mit hier nicht gewollten MigrantInnen sehen." Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr (FU Berlin) ergänzte: „Es kann in Notzeiten erforderlich sein, vorübergehend Lager aufzubauen, um großen Flüchtlingsgruppen kurzfristig ein Dach über dem Kopf zu geben. Lager, die eingerichtet werden, um Menschen zwangsweise zu konzentrieren und zu zermürben, sind jedoch ohne jede Einschränkung menschenrechtswidrig. Trostlosigkeit, Langeweile, Perspektivlosigkeit und umbaute Asozialität kennzeichnen die ganze Banalität des Inhumanen, die in diesen Lagern zum Ausdruck kommt."

Bernd Anders, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, appellierte an alle Anwesenden, das Thema nicht fallen zu lassen. Sein Vorschlag, einen parlamentarischen Abend zu der Frage zu veranstalten, ob „wir in Niedersachsen humanitär mit Flüchtlingen umgehen", wurde von den anwesenden Abgeordneten ausdrücklich begrüßt. Möglicherweise ergibt sich dann die Gelegenheit, die angesprochenen Fragen auch mit der CDU-Landtagsfraktion zu diskutieren, die ihre Beteiligung an der Anhörung unter Hinweis auf den Wahlkampf abgesagt hatte. Auch die Landesregierung glänzte durch Abwesenheit und rechtfertigte das von der Landesregierung verfolgte Lagerkonzept in einer schriftlichen Stellungnahme.

Zutiefst peinlich erscheint das Verhalten der Lagerleitung der ZAAB Blankenburg, die für den Tag der Anhörung jeglichen Besuch im Lager verboten hatte – und dann tatsächlich ein beabsichtigtes Teekränzchen von 25 Teilnehmern/innen der Anhörung bei Flüchtlingen im Anschluss an die Veranstaltung mit Polizeigewalt verhinderte. Bereits am Vorabend war einer Handvoll Schülern der Besuch von Flüchtlingen im Lager verboten worden, lediglich eine „Delegierte" durfte nach längeren Verhandlungen das Lager betreten. Diese Besuchsverbote sagen über die Fremdbestimmung und Entmündigung von Flüchtlingen in den niedersächsischen Lagern mehr als tausend Worte. *Quelle: Nds. Flüchtlingsrat* ■

: neuerscheinungen

FRONTEX-Broschüre erschienen

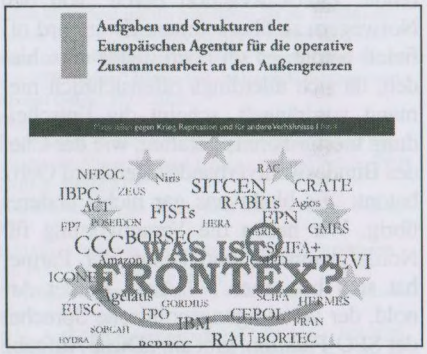
Die von IMI angekündigte FRONTEX-Broschüre, in der Funktion, Tätigkeit und auch die Entstehungsgeschichte der Europäischen Grenzschutzagentur umfassend aufgearbeitet werden, ist nun in der Printfassung erhältlich.

Die 52-seitige Broschüre kann – auch in größerer Stückzahl – entweder kostenlos (gegen Porto) unter berlin@tobiaspflueger.de bestellt oder unter folgender Adresse heruntergeladen werden: *http://www.imi-online.de/download/FRONTEX-Broschuere.pdf* ■

Von Trommlern und Helfern

Beiträge zu einer nicht-rassistischen entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit

Weder die entwicklungspolitische Theorie noch die Praxis ist frei von stereotypen Bildern und Rassismen. Gleichwohl die staatliche Entwicklungszusammenarbeit sich dieser Reflexion ebenso unterziehen sollte, nimmt „Von Trommlern



und Helfern" in erster Linie die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen in den Blick. Die Broschüre soll zum Nachdenken anregen und soll Lust machen, sich aktiv damit auseinander zu setzen, wie sich rassistische Strukturen auch in den eigenen Projekten widerspiegeln – und wie sie überwunden werden können! Die Broschüre (84 Seiten, zahlreiche Farbabbildungen) wird herausgegeben von den entwicklungspolitischen Landesnetzwerken Berlin, Hamburg, Hessen und Sachsen. ■

Bezugsadresse: Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER), Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin, buero@ber-ev.de, Schutzgebühr: 5 EURzgl. Porto

Afghanistan: „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung"

IMI-Analyse 2008/001

Mit der geplanten Übernahme der Quick Reaction Forces verstrickt sich Deutschland immer tiefer in die Aufstandsbekämpfung am Hindukusch

23.1.2008, Jürgen Wagner

Während deutsche Politiker unermüdlich den Mythos aufrechterhalten, bei der in Afghanistan operierenden NATO-Truppe ISAF handele es sich um eine reine Friedens- und Stabilisierungsmission, wird immer deutlicher, dass die Entwicklung vor Ort sich in die genau entgegengesetzte Richtung bewegt. Denn bei dem ISAF-Einsatz, an dem gegenwärtig ca. 3.300 Bundeswehrsoldaten beteiligt sind (Stand 16. Januar), handelt es sich keineswegs um einen Entwicklungshilfeeinsatz, vielmehr verschiebt sich der Operationsschwerpunkt immer deutlicher in ein und dieselbe Richtung: Aufstandsbekämpfung!

Obwohl die Aufstandsbekämpfung schon lange ein zentrales Element der ISAF-Operationsführung ist[1], drängen die USA seit einiger Zeit massiv darauf, sich nahezu ausschließlich auf diese Aufgabe zu konzentrieren.[2] Inzwischen deutet alles darauf hin, dass auch die anderen NATO-Staaten – allen voran Deutschland - dem Ruf Washingtons folgen und so bewusst eine weitere Eskalation der ohnehin schon schweren Kampfhandlungen in Kauf nehmen. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung sind die sich mittlerweile konkretisierenden Absichten der Bundesregierung, die in Nordafghanistan operierende „Quick Reaction Force" von den Norwegern zu übernehmen. Zwar wird offiziell betont, es sei noch nichts entschieden, da sich allerdings offensichtlich niemand vordrängelt, scheint die Entscheidung hierfür bereits gefallen, wie der Chef des Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz betont: „Es bleibt uns gar nichts anderes übrig. Wir haben die Verantwortung für Nordafghanistan, und keiner der Partner hat sich beworben."[3] Auch Rainer Arnold, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, gibt an: „Diese Aufgabe wird im Sommer auf Deutschland zukommen."[4]

Nach der Entscheidung zum Einsatz von Bundeswehrtornados im umkämpften Süden Anfang 2007 und der Beteiligung an umfangreichen Kampfhandlungen in Nordafghanistan unter deutschem Oberkommando im Herbst letzten Jahres, ist dies nun der dritte „Meilenstein", mit dem sich Deutschland innerhalb nur eines Jahres immer tiefer in die Kriegsführung am Hindukusch verstrickt. Selbst SPD-Mann Arnold sieht in dem Bundeswehreinsatz eine „neue Qualität"; und in der Tat handelt es sich hierbei um eine Richtungsentscheidung, die auch für die geplante Neufassung des Afghanistan-Konzeptes zum nächsten NATO-Gipfel Anfang April 2008 in Bukarest erhebliche Auswirkungen haben dürfte. Zumal bis dahin auch das gesamte NATO-Besatzungs- und Aufstandsbekämpfungskonzept grundlegend überarbeitet und verfeinert werden soll. Nicht zuletzt können die NATO-Strategen dabei auf Vorarbeiten diverser Think Tanks zurückgreifen.

Think Tanks drängen auf weitere Eskalation

Schon im November 2006 hatte die kanadische Denkfabrik Senlis Council in einem Bericht eindringlich vor der sich verschlechternden Sicherheitslage und dem Anwachsen des Widerstands gewarnt.[5] So stieg die Zahl der Selbstmordattentate von 27 (2005) auf 139 (2006), Bombenanschläge nahmen von 783 (2005) auf 1677 (2006) zu und auch die direkten Angriffe auf die westlichen Truppen (mit leichten Waffen, Granaten etc.) verdreifachten sich von 1588 (2005) auf 4542 (2006). Im Jahr 2007 erhöhten sich die durchschnittlichen monatlichen Auseinandersetzungen nochmals um 30%, was Anthony Cordesman, einer der führenden US-Militärexperten, zu der Schlussfolgerung veranlasst: „Die meisten Experten kommen zu dem Ergebnis, dass sich die Sicherheitslage im Jahr 2007 kontinuierlich verschlechtert hat."[6]

Vor diesem Hintergrund schlug der Senlis Council in einem neuen Bericht Ende 2007 Alarm. Dort kam er zu dem Ergebnis, dass die Widerstandsgruppen weiter auf dem Vormarsch seien und die „Sicherheitslage mittlerweile die Dimension einer echten Krise angenommen hat."[7] Zwar betonen die Senlis-Leute, dass der große Zulauf für die Widerstandsgruppen maßgeblich damit zusammenhängt, dass die „internationalen Entwicklungs- und Wiederaufbaubemühungen unterfinanziert und ohne signifikante Auswirkungen auf die lokalen Lebensbedingungen waren." Ferner kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass sich der Großteil des Widerstands aus „armutsgetriebenen ‚Graswurzelgruppen'" und nicht aus islamistischen Fundamentalisten zusammensetzt. Dennoch plädiert der Think Tank für eine massive Eskalation der westlichen Kriegsführung, indem er fordert, die ISAF-Truppenstärke auf insgesamt 80.000 Soldaten zu erhöhen und gleichzeitig nationale Vorbehalte (caveats), die teils die Teilnahme an umfangreichen Kampfhandlungen einschränken bzw. verbieten, abzuschaffen.[8] Gemäß eines Umlageschlüssels würde dies für Deutschland eine Verdopplung des gegenwärtigen Kontingents erfordern, und tatsächlich fordern bereits verschiedene Politiker eine Aufstockung der Truppenobergrenze.[9] Die NATO hat bereits im Jahr 2007 ihre Gesamtstärke von 31.000 auf 43.000 Soldaten erhöht (zusätzlich kämpfen noch Soldaten im Rahmen der US-geführten Operation Enduring Freedom) und bewegt sich damit – wenn auch langsam – in Richtung der Vorschläge des Senlis Council.

Wie der Think Tank weiter betont, hätten vor allem die „Lerneffekte" aus dem Guerillakrieg im Irak zur Effektivierung des Widerstands beigetragen, indem dort „erfolgreich" erprobte Kampfmaßnahmen übernommen wurden.[10]

Doch nicht nur den Widerstandsgruppen dient der extrem blutige Krieg im Irak als Vorbild. Ausgerechnet eine Analyse eines regierungsnahen Think Tanks, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), plädiert dafür, die Bundeswehr müsse das von den USA im Irak angewandte Aufstandsbekämpfungskonzept für Afghanistan übernehmen. Man müsse sich, so die Autoren der Studie, Timo Noetzel und Benjamin Schreer, an der US-Strategie im Irak orientieren, die sich auszeichne durch die „Durchführung gezielter Operationen und eine wesentlich breitere Truppenpräsenz in der Fläche." Der Vergleich mit Afghanistan biete sich geradezu an, denn: „Wie im Irak bestehen auch dort [in Afghanistan] klassische Herausforderungen durch Aufständische, die möglichst wirksam bekämpft werden müssen. [Deshalb ist] die militärische Präsenz der Koalitionstruppen in der Fläche und die Durchführung gezielter offensiver Operationen gegen radikale Aufständische notwendig." Generell gehe es für Deutschland und die NATO darum, den „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung" in den Mittelpunkt der Planung zu rücken – von der ohnehin primär auf dem Papier existierenden Entwicklungshilfemission ist nicht mehr viel übrig geblieben.

In diesem Kontext beklagen die SWP-Autoren, die Situation würde dadurch „erschwert, dass ISAF im Norden nur sehr beschränkt über einsetzbare Kräfte zur Durchführung offensiver Operationen oder zur Reaktion auf Angriffe verfügt." Dies gelte auch und besonders für Deutschland, das schließlich das Oberkommando in Nordafghanistan innehabe. Doch genau in diesem Bereich sehen die SWP-Strategen Licht am Ende des Tunnels: „Anstoß zur Veränderung bietet sich mit dem angekündigten Abzug der norwegischen schnellen Eingreiftruppe der QRF: Würde Deutschland diese Kräfte ersetzen, verfügten die deutschen Kommandeure künftig über Fähigkeiten, die ihnen eigenständige und mit

den afghanischen Sicherheitskräften integrierte offensive Operationen ermöglichen."[11]

Die Quick Reaction Force

Schon im November 2007 hatte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, dafür plädiert, Deutschland solle die in Nordafghanistan operierende „Quick Reaction Force" (QRF) von Norwegen übernehmen, das deren Führung bis Mitte 2008 abgeben will.[12]

Laut der Homepage der Bundeswehr, handelt es sich bei der QRF um eine „robuste Reserveeinheit", die immer dann zum Einsatz kommt, wenn die ISAF-Truppen „militärisch unter Druck" geraten: „Seit dem 8. Januar ist der deutsche Brigadegeneral Dieter Dammjacob Regionalkommandeur der ISAF-Truppe im Norden mit Hauptquartier in Mazar-e Sharif. Er kann auf die QRF als seine Reserve zurückgreifen und sie in ganz Nordafghanistan einsetzen." Zum Aufgabenspektrum dieser Schnellen Eingreiftruppe gehört laut Bundeswehr nicht nur der „Einsatz gegen militante Kräfte im Einsatzgebiet, die die Sicherheitslage gefährden", sondern auch „gewaltbereite Menschenmengen mit nichtletalen Mitteln unter Kontrolle zu bringen."[13] Ähnlich beschrieb Thomas Raabe, der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, das Ziel der QDR mit den Worten „crowd and riot control", also Aufstandsbekämpfung.[14]

Bei der QRF handelt es sich also um eine Art „Feuerwehrtruppe", die dann ausrückt, wenn sich die militärische Lage zuzuspitzen droht, was mittlerweile auch in Nordafghanistan immer häufiger der Fall ist. „Dort, wo es brennt, werden diese Kräfte eingesetzt. Das kommt schon öfters vor: zur Verstärkung, auch zur Aufklärung oder zur Unterstützung der afghanischen Armee."[15] (...)

NATO-Gipfel in Bukarest

Nicht umsonst konstatierte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass „die Stabilisierung Afghanistans derzeit eine der größten Herausforderungen für die NATO und ihre Mitgliedstaaten ist. Sie ist gleichsam so etwas wie ein Lackmustest für ein erfolgreiches Krisenmanagement und für eine handlungsfähige NATO."[21] Ein Scheitern ist ausgeschlossen, da sich ansonsten jegliche weitere NATO-Kriegsoperation auf absehbare Zeit erledigt hat. Dies gilt auch und gerade für Deutschland, wie ein Kommentar des Chefkorrespondenten der Welt verdeutlicht: „Was auf dem Spiel steht, ist nicht nur die Wirksamkeit der Vereinten Nationen und der Zusammenhalt der Nato-Staaten, sondern auch die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik als Ordnungsfaktor in der neuen Weltunordnung."[22]

Aus diesem Grund werden beim nächsten „Kriegsgipfel" der NATO Anfang April in der rumänischen Hauptstadt „die Entwicklungen in Afghanistan an der Spitze der Agenda von Bukarest stehen."[23] In Vorbereitung auf den Gipfel übergaben fünf hochkarätige NATO-Sicherheitspolitiker, dem NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer einen 150-seitigen Vorschlagskatalog zur Neu-Ausrichtung der Allianz. In ihm wird – neben dem Ersteinsatz von Atomwaffen – u.a. gefordert, sämtliche nationalen Vorbehalte abzuschaffen und Mitgliedern der Allianz künftig keinerlei Mitspracherechte bei NATO-Kriegseinsätze einzuräumen, sollten sie sich weigern, sich an ihnen zu beteiligen.[24] Darüber hinaus hatte man sich schon auf dem letzten NATO-Gipfel in Riga Ende November 2006 auf die Erarbeitung eines umfassenden Besatzungs- und Aufstandsbekämpfungskonzepts verständigt. Nach Gesprächen der NATO-Außenminister am 7. Dezember 2007 wurde nun beschlossen, dieses Konzept bis zum Bukarester Gipfel vorzulegen.[25]

Es steht zu befürchten, dass die NATO-Länder auch hier dem in dem SWP-Papier vorgezeichneten Weg folgen werden. Für die Denkfabrik ist es ein „zwingend erforderlicher Schritt [...] die Aufstandsbekämpfung als neue Einsatzrealität zu akzeptieren."[26] Mittlerweile häufen sich die Forderungen insbesondere im NATO-Review, dem Hausblatt der Allianz, so genannte Stabilisierungsmissionen und damit die Aufstandsbekämpfung im Zuge solcher Besatzungsregime zur Kernaufgabe der Allianz zu machen.[27] Hiermit verändert sich jedoch die NATO und wird endgültig zur globalen Aufstands- und Besatzungstruppe. Um ein letztes Mal besagte SWP-Studie zu zitieren: „Dies dürfte allerdings in der Folge nicht nur das Wesen der Allianz, sondern auch den Charakter des Bundeswehreinsatzes nachhaltig verändern."[28]

Dass ein derartiger Richtungswandel vollkommen unkritisiert, ohne jegliche öffentliche Debatte und mit Hinblick auf das so genannte Tornado-Urteil auch noch mit Plazet des Bundesverfassungsgerichts von statten gehen kann, das Mitte 2007 lapidar feststellte, es fehle an „Anhaltspunkten für eine strukturelle Entfernung der Nato von ihrer friedenswahrenden Ausrichtung", ist nichts weniger als ein Skandal größten Ausmaßes.[29]

Anmerkungen

[1] Vgl. Wagner, Jürgen: Die NATO in Afghanistan: Vom Nation Building zur globalen Aufstandsbekämpfung, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (November 2006).
[2] Veränderte Machtverhältnisse, german-foreign-policy.com, 18.12.2007.
[3] „Es bleibt uns gar nichts anderes übrig . . . „ abendblatt.de, 18.01.2008.
[4] Brendle, Frank, Kämpfer für die Front, Junge Welt, 17.01.2008.
[5] Senlis Council: Afghanistan Five Years Later: The Return of the Taliban, Spring/Summer 2006.
[6] Cordesman, Anthony H.: Armed Nation Building:The Real Challenge in Afghanistan, CSIS, Nov. 2007, S. 28.
[7] Senlis Council: Stumbling into Chaos: Afghanistan on the brink, November 2007, S. 7.
[8] Ebd., S. 60.
[9] „Nach den Worten Strucks sei die Mission ohnehin schon 'ein echter Kampfeinsatz'. Wenn die Bundeswehr neue Aufgaben übernehme und die Ausbildung für die afghanische Armee verstärke, wolle sich der SPD-Politiker auch nicht gegen eine Erhöhung der maximalen Truppenstärke von derzeit 3500 sperren." Bundeswehr ist mangelhaft ausgerüstet, Spiegel Online, 19.01.2008.
[10] Senlis 2007, S. 7.
[11] Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Januar 2008.
[12] Der Bundeswehr drohen mehr Kampfeinsätze, FAZ.net, 22.11.2007.
[13] Quick Reaction Force - Eine Schnelle Eingreiftruppe der ISAF, bundeswehr.de, 18.01.2008.
[14] Regierungspressekonferenz vom 16. Januar, bundesregierung.de
[15] „Auch über Panzer nachdenken", FAZ.net, 17.01.2008.
[21] Haydt, Claudia/Marischka, Christoph/Wagner, Jürgen: Afghanistan - die deutsche Rolle, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Oktober 2007).
[22] Stürmer, Michael: Deutsche Soldaten am Hindukusch, Die Welt, 29.07.2007.
[23] Kamp, Karl-Heinz: Der NATO-Gipfel in Bukarest, KAS-Analysen & Argumente, Nr. 46, Nov. 2007.
[24] Naumann, Klaus/Shalikashvili, John/The Lord Inge/Lanxade, Jacques/Breemen, Henk van den: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, URL: http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat(b).pdf (21.01.2008).
[25] Fact Sheets: Grundsatzinformationen zur Europäischen Sicherheitspolitik, Österreichische Offiziersgesellschaft, URL: http://www.oeog.at/fact/nato_6.php (23.01.2008).
[26] Noetzel/Schreer 2008, S. 4.
[27] Milkoreit, Manjana: Die zivile Dimension der Sicherheit ernst nehmen: die NATO als die Organisation für den Wiederaufbau nach einem Konflikt, in: NATO Review (Herbst 2007); Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: NATO Review (Frühjahr 2006).
[28] Noetzel/Schreer 2008, S. 4.
[29] Urteil des BVerfG (2 BvE 2/07).

http://www.imi-online.de ■

http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2008-01.pdf

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Antikapitalismus" von rechts

Nation & Europa Januar 2008

Wenn meine Oma ein Auto wäre, hätte sie Räder – und wenn die Redaktion von „Nation & Europa" (genau wie große Teile des rechten Randes auch) nicht demagogisch alle Anknüpfungspunkte und Widersprüche im bürgerlichen Lager ausnutzen würde, wäre sie eben nicht die N&E-Redaktion. Weil sie aber ist, was sie ist, sind auf dem Titelblatt der Januarausgabe über und unter einem dramatischen Bild einer Straßenschlacht in Frankreich, der Zusammenhang soll suggerieren, es handele sich um ein Bild von den Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Migranten und der Polizei in den Vororten von Paris, zwei Zitate zu lesen. Oben wird Erwin Huber, Vorsitzender der CSU zitiert, der auf dem Parteitag der Christsozialen am 18.11.2007 in Würzburg gesagt haben soll: „Multikulti ist eine Brutstätte der Kriminalität." Unter dem Foto steht ein Ausschnitt aus einer Indizierungsbegründung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien: „Der Inhalt der verfahrensgegenständlichen CD reizt zum Rassenhaß an, da im Text des Titels Nr. 5 (‚Multikulti´)zum Widerstand gegen ‚Multikulti´ aufgerufen wird. Multikultur steht imallgemeinen Sprachgebrauch für ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Menschen und Kulturen." Antifaschis(inn)en können da nur zustimmen: CSU-Chef Huber gehört mit solch rassistischen Aussagen wie der zitierten genau so auf den Index, wie eine braune Musikgruppe.

„Nach einer jüngsten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) verfügen zehn Prozent der Bundesbürger über mehr als zwei Drittel des deutschen Gesamtvermögens, während zwei Drittel gerade einmal zehn Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Das reichste eine Prozent der Bevölkerung nennt sogar sage und schreibe 20 Prozent des in Deutschland vorhandenen Gesamtvermögens sein eigen. Klarer Fall von Klassengesellschaft. Dieser Befund wird auch durch die Zusammensetzung des rechnerischen Volksvermögens erhärtet. Denn der Anteil an (so im Original – tri) Unternehmens- und Vermögenseinkommen am gesamten Volkseinkommen hat sich laut DIW-Studie in den letzten zehn Jahren zwischen 1996 und 2006 um knapp vier Prozent auf stattliche 33,8 Prozent erhöht. Es sind nicht die Kleinsparer und Kleinaktionäre, die von dieser Entwicklung hauptsächlich profitieren.... Doch die sich rapide vergrößernden Vermögensunterschiede zeigen, daß für viele Bundesbürger die Möglichkeiten, die ihnen die hiesige Gesellschaft bietet, nur auf dem Papier stehen. Vor allem Politiker und Spitzenmanager bereichern sich in einem noch nie dagewesenen Umfang selber. Dabei ist die kürzliche, fast zehnprozentige Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordnerten fast noch ‚gemäßigt' zu nennen. Ganz anders wird an den Spitzen der Aktiengesellschaften zugeschlagen. Zum Beispiel haben sich die Bezüge des sechsköpfigen Porsche-Vorstands im Geschäftsjahr 2006/07 mehr als verdoppelt – von 45,2 Millionen auf 112,7 Millionen Euro."

Was scheinbar so kapitalismuskritisch unter der Überschrift „Deutschland wieder Klassengesellschaft: Raffgier statt Solidarität" daher kommt, illustriert die wirtschaftlichen Vorstellungen der N&E-Herausgeber und ihrer Leser(innen) aufs Schönste. „Deutschland wieder Klassengesellschaft" behauptet, das sei einmal anders gewesen. Wann wird nicht gesagt. Der zweite Teil der Überschrift, der sofort an das demagogische Nazischlagwort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" erinnert, lässt zumindest Assoziationen aufkommen, wann Deutschland angeblich keine Klassengesellschaft gewesen sei. Die Autoren des Beitrages, der nur mit den Kürzeln mü und hg gezeichnet wurde, bringen es fertig, „antikapitalistisch" zu sein, ohne den Kapitalismus in Frage zu stellen: „Individualismus ist Trumpf, persönliche Vorteilssuche der nahezu einzige Maßstab. Aber ohne Gemeinschaftsbewusstsein und Gemeinschaftsverantwortung lässt sich menschlicher Egoismus nur schwer zügeln. ... Wer auf Globalisierung statt auf Schutz der eigenen Wirtschaft, auf Zuwanderung statt auf Förderung der einheimischen Bevölkerung setzt, braucht sich über die Rückkehr der Klassengesellschaft nicht zu wundern." So wäscht man dem Kapitalismus den Pelz, ohne ihn nass zu machen.

Die rassistische „Bürgerbewegung pro Köln", deren führende Vertrter(innen) seit einiger Zeit auch regional und bundesweit in den Gruppen „pro NRW" und „pro Deutschland" auftreten, betont immer wieder (und versuchte vergeblich, sich das auch gerichtlich bestätigen zu lassen), sie sei eine seriöse bürgerliche-konservative Initiative und keinesfalls eine rechtsextreme Tarnorganisation. N&E-Autor Thomas Weber bietet dazu Aufschlussreiches: „...berichtet Pro-Köln-Vorsitzender Markus Beisicht. ‚Und da wir die Situation in NRW aus unserer jahrelangen Tätigkeit im patriotischen Lager gut kannten...'".Zu deutsch: Die führenden Männer haben sich schon in allen möglichen neofaschistischen Gruppen getummelt. „Das Werbematerial der Bürgerbewegung ist ansprechend gestaltet: modern in der Aufmachung, mit bürgernahen Argumenten. Radikale Phrasendrescherei oder gar Anflüge von NS-Diktion findet man dort ebensowenig wie rückwärtsgewandte Debatten über Fragen, die den Normalbürger nicht interessieren. Statt dessen gibt es verständliche Aussagen in Themenbereichen, wo die deutsche Rechte erfahrungsgemäß auf starken Zuspruch bauen kann: Islamisierung, Überfremdung, Asylmissbrauch, Kriminalität, Korruption und Parteienfilz.... werden schon heute in den ausgewählten Schwerpunktgebieten die Bürger mit rechten Politikansätzen konfrontiert und zum Teil auch langfristig für die nationale Sache gewonnen. Zumindest dieser Aspekt der Kampagne dürfte von allen wohlmeinenden Patrioten begrüßt werden" (Rechtschreibung und Grammatik so im Original – tri). Die letzte Mahnung richtet sich offenbar die die Gruppen, die, wie die NPD, aus Futterneid die rassistische pro-Köln-Politik ablehnen.

Wie eng die Verbindung zwischen der „pro... "-Bewegung und den anderen Rechten, von denen sich die Anführer der „Bürgerbewegung" öffentlich immer mal wieder distanzieren, wirklich ist beschreibt mü: „Nachdem sich die Spitzen von DVU, NPD. REP und Pro NRW Ende September in Straßburg getroffen hatten, meldeten sich die Republikaner nicht mehr zur Landtagswahl in Niedersachsen an". Und noch ein Treffen unter Freunden: „In Graz trafen sich patriotische Politiker zu einer Tagung unter dem Titel ‚der ‚rechte' Weg für Europas Städte/Kommunale Entwicklungen zwischen Bürgerfreiheit und Ghettogesellschaft'. Im Bild EU-Abgeordneter Andreas Mölzer..., die Grazer FPÖ-Politikerin Dr. Susanne Winter, Pro-Köln-Vorsitzender Markus Beisicht und Vlaams-Belang-Vize Filip Dewinter aus Antwerpen". *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Spendenkampagne
Bis zum 25.1.2008 wurden bereits 1424,– Euro gespendet. Vielen Dank!

Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419507